: antifaschistische nachrichten Nr. 18

g 3336 9.9.2010 26. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Kampf gegen Nazis selbst in die Hand genommen

Dortmund hat sich quergestellt: Nazi-Aufmarsch blieb stecken

von Ulla Jelpke

Der Aufmarsch „autonomer Nationalisten“ am 4. September wurde für die Naziszene zum Fiasko. Zwar hatte das Bundesverfassungsgericht in letzter Minute ihre Kundgebung zugelassen, sie blieb aber auf eine „Standkundgebung“ auf einem abseits gelegen Parkplatz beschränkt. Statt der 2000 erwarteten waren nur knapp 500 Nazis gekommen. Zugleich demonstrierten über die ganze Stadt verteilt rund 15.000 Menschen gegen den braunen Spuk. Linke und auch „bürgerliche“ Beobachter kritisierten unverhältnismäßig gewalttätige Einsätze der Polizei gegen Antifaschisten.

Erst zwei Tage vor dem Naziaufmarsch hatte Dortmunds Polizeipräsident Hans Schulze eine Verbotsverfügung ausgesprochen. Anlass war das Auffinden mehrerer manipulierter Böller, die offenbar mit Glasscherben umwickelt waren, bei einem 19-jährigen Nazi aus Aachen, der über enge Kontakte zu Dortmunder Nazikameradschaften verfügt. Der Jugendliche soll in der Woche zuvor auch an einem Überfall auf die von Linken frequentierte Kneipe „Hirsch-Q“ beteiligt gewesen sein. Als Gewalttäter war er bereits am 1. Mai aufgefallen, als er bei einer Nazidemo in Berlin ebenfalls selbstgebastelte Sprengsätze mit sich geführt hatte. Mittlerweile sitzt er in U-Haft.

Das Verbot wurde vom Verwaltungsgericht zunächst bestätigt, dem Bundesverfassungsgericht war die Gefahrenprognose aber nicht präzise genug. Weil es keine Hinweise gebe, dass Sprengsätze nach Dortmund gelangt seien, hob es das Verbot am Samstag Vormittag auf.

Die Proteste gegen das Nazitreffen verliefen in diesem Jahr zweigleisig: Es gab, über die ganze Stadt verteilt, Dutzende von Kundgebungen, und es gab zudem den größtenteils gelungenen Versuch, erstmals durch Blockaden die Anreise der Nazis zu verhindern oder jedenfalls zu erschweren.

Die „etablierte“ Politik hatte sich eher abseits gehalten. Dutzende von Gegenkundgebungen standen den Nazis zwar nicht direkt im Weg, machten aber auf ihre Weise deutlich, dass die Nazis in Dortmund nicht willkommen sind. Auf einer gutbesuchten Kundgebung am Nordmarkt sprachen unter anderem die Grünen-Bundesvorsitzende Claudia Roth, Vertreter des DGB und NRW-Integrationsminister Guntram Schneider (SPD). Letzterer führte aus: „Wir lassen den braunen Spuk nicht zu. Wir wehren uns, wir wollen, dass diese Stadt bunt ist.“

Die aktive Gegenwehr blieb allerdings dem „Bündnis Dortmund stellt sich quer“ überlassen. Dessen Aktionskonsens für die Blockaden verdeutlichte zweierlei: Man war sich bewusst, dass Blockaden auch gegen die Polizei durchgesetzt werden müssen, aber auch, dass von seiten der Blockierer keinerlei Eskalation ausgehen werde. Um das Überraschungsmoment zu nutzen, wurde auf eine Bekanntgabe von Blockadepunkten bis zuletzt gewartet und darauf gesetzt, dass die Antifaschisten spontan und flexibel reagieren werden.



Dortmund 4.9. Foto: Karin Richert

Für eine derartige Premiere war das auch recht erfolgreich: Der Dortmunder Hauptbahnhof war rund eineinhalb Stunden lang fest in der Hand der Antifa. Hunderte von Menschen saßen auf den Bahnsteigen, um zu verhindern, dass Nazis per Zug anreisen können. Die Polizei führte die Demonstranten dann nach und nach ab.

In der Nähe des Nazi-Aufmarsches hatten sich ebenfalls rund 1000 Menschen versammelt und einen Punkt auf der mutmaßlichen Nazi-Strecke besetzt. Der Fraktionschef der LINKEN im Landtag, Wolfgang Zimmermann, meldete dort schließlich eine spontane Kundgebung an.

Auf der geduldeten Nazi-Demo waren nach Polizeiangaben exakt 466 Teilnehmer. Zwischen 400 und 500 weitere wollten Polizeikontrollen und Antifa-Blockaden umgehen: Sie sprangen bei einem S-Bahnhof überraschend aus dem Zug und formierten sich zum Marsch in die Innenstadt, wurden aber bald von der Polizei angehalten und in Zügen aus der Stadt heraus befördert.

In einem „ersten Fazit“ erklärte das Bündnis „Dortmund stellt sich quer“, die Blockadestrategie sei aufgegangen: Nicht nur, weil die Anreise der Nazis erheblich verzögert worden ist. Ebenso wichtig ist auch: Diejenigen, die es zu ihrer Kundgebung schafften, standen sich dort gelangweilt die Beine in den Bauch. Die Masse der Nazis war schon gegangen, bevor ihre Kundgebung offiziell beendet wurde.

Es spricht von daher vieles dafür, dass die Anziehungskraft dieses, nach dem „Trauermarsch“ in Dresden bundesweit größten Nazispektakels gebrochen ist.

Strategisch bedeutsam ist außerdem, dass nach den antifaschistischen Blockaden gegen den Pro-Islamisierungskongress in Köln, den Dresdner und Berliner Nazidemos in diesem Frühjahr nun auch in Dortmund diese Aktionsform erfolgreich getestet wurde. Allen Kriminalisierungsversuchen zum Trotz! „Für uns sind Blockaden gegen Neonazis selbstverständlich“, erklärte stellvertretend für viele der NRW-LINKE Wolfgang Zimmermann.

Das Vorgehen der Polizei an diesem Tag war zwiespältig. Zwar ist sie gegen den Versuch von 500 Nazis, einen Marsch in die Innenstadt anzutreten, entschlossen vorgegangen. *weiter Seite 3*

Aus dem Inhalt:

„Pro NRW"-Demonstration angekündigt

MÖNCHENGLADBACH. Nachdem die NPD und die extrem rechte „Bürgerbewegung pro NRW" bereits mit Mahnwachen und Kundgebungen gegen eine geplante Salafisten-Moschee im Mönchengladbacher Stadtteil Eicken demonstriert hatten, will „Pro NRW" nun am Samstag, den 9. Oktober, eine „Großdemonstration" in Mönchengladbach durchführen. Unter dem Motto „Grundgesetz statt Scharia! Radikalislamische Koranschule in Mönchengladbach-Eicken verhindern!" will „Pro NRW" gemeinsam mit einer Abordnung der so genannten „Republikaner" von 11 bis 16 Uhr durch den Stadtteil marschieren. Dabei will „Pro NRW" auch an dem geplanten Standort der Moschee auf der Eickener Straße vorbeiziehen. *hma* ■

Forum der „AUF"-Partei in Berlin

BERLIN. Am gleichen Tag, an dem der „Bundesverband Lebensrecht" seinen alljährlichen „Marsch für das Leben" in Berlin durchführen will, veranstaltet die „AUF"-Partei, eine Abspaltung der „Partei Bibeltreuer Christen", ihr „Christliches Politik-Forum" auf dem „C Campus" in Berlin-Tegel. Unter dem Motto „Gemeinsam Zeichen für das Leben setzen" werden neben führenden „AUF"-Aktivisten die umstrittene Ex-Tagesschausprecherin Eva Herman und die „Lebensschützerin" Christa Meves als Referenten angekündigt. Eingeladen sind ferner Maria Steuer, Vorsitzende des konservativen „Familiennetzwerks", und Walter Schrader, ehemals Geschäftsführer der „Lebensschützer"-Organisation „KALEB" und heute Vorsitzender eines „AUF"-Arbeitskreises. *hma* ■

„re:conquista" in Gründung

VECHTA. Der extrem rechte Webblog „Gesamtrechts" will mit der Bildung „überparteilicher, außerparlamentarischer Rechts-Zellen" in das Tagesgeschehen eingreifen. Über 100 Personen aus dem Bundesgebiet hätten sich mittlerweile dort anonym registriert und suchten Gleichgesinnte in ihrer Umgebung, meldete der Webblog Ende August. Eine erste lokale „Aktionszelle" habe sich bereits gegründet. Das neue Gruppenprojekt (Motto: „Jung – Aktivistisch – Entschlossen – Antiislamisch – Antisozialistisch – Freiheitlich") soll ein Logo und ein Konzept erhalten und in Anlehnung an die spanischen Eroberer den Namen „re:conquista" tragen. Orientieren will man sich dabei an der extrem rechten französischen Gruppierung „Bloc Identitaire", die „mit spektakulären anti-islamischen Aktionen für Aufsehen sorgt". Ein „re:conquista"-Gruppe in Vechta sucht aktuell Mitstreiter aus dem Raum Bremen-Osnabrück. Geplant sind Aktionen mit Transparenten, Flugblättern, Plakaten und Papierschnipseln sowie ein regelmäßiger Stammtisch. Auch „Besuche von Parteiveranstaltungen u. ä." seien geplant. *hma* ■

In Bayern nicht zugelassen

BAYERN. Das Kultusministerium von Bayern hat ein Schulbuch wegen eines kritischen Textes über evangelikale Christen nicht zugelassen. Im März hatten sich zwei Lehrer über das Buch beschwert. Das Englisch-Lehrbuch „Context 21" des Schulbuchverlags Cornelsen für die Oberschule enthält einen Text der Schriftstellerin Susan Jacoby zum Thema „Fundamentalismus in Amerika", in dem unter anderem von einem unbestreitbaren, starken Zusammenhang zwischen religiösem Fundamentalismus und einer fehlenden Bildung die Rede ist. Eine solch pauschale Bewertung stimme nicht mit dem Artikel 131 der Bayerischen Verfassung überein, in dem u.a. die „Achtung vor religiöser Überzeugung" festgelegt ist, urteilte das Kultusministerium. *hma* ■

Verbot des Vereins Heimattreue Deutsche Jugend rechtmäßig

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig, das in erster und letzter Instanz für nach dem Vereinsgesetz erlassene Verbote des Bundesministeriums des Innern zuständig ist, hat die Klage des Vereins Heimattreue Deutsche Jugend – Bund für Umwelt, Mitwelt und Heimat e.V. (HDJ) gegen das von dem Bundesministerium erlassene Vereinsverbot abgewiesen.

Das Verbot der in Plön (Schleswig-Holstein) ansässigen, jedoch in nahezu allen Bundesländern vertretenen HDJ, die Jugendlager, Jugendfahrten, Sport- und sog. Bildungsveranstaltungen durchführt und eine Vereinszeitschrift herausgibt, ist zu Recht ergangen. Die HDJ richtet sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung und erfüllt damit einen vereinsrechtlichen Verbotsgrund.

Das Bundesministerium des Innern hat die in der Vereinssatzung enthaltenen Bekenntnisse zu gemeinnütziger Jugendarbeit und zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland zu Recht als bloße Fassade bewertet. Tatsächlich weist die HDJ eine Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus, insbesondere mit der früheren Hitlerjugend auf. Dies ergibt sich aus beschlagnahmten Materialien für von der HDJ durchgeführte Veranstaltungen, schriftlichen Äußerungen und Aktivitäten von Mitgliedern mit herausgehobenen Funktionen sowie Artikeln, die in der Vereinszeitschrift erschienen sind.

Die HDJ propagiert danach eine Vorbildfunktion des Nationalsozialismus, bekennt sich zu maßgeblichen Repräsentanten des nationalsozialistischen Regimes und verwendet nationalsozialistisch geprägte Begriffe. Sie ist der Blut-und-Boden-Ideologie und der Rassenlehre der Nationalsozialisten verhaftet und verbreitet antisemitische Thesen. Sie diffamiert die freiheitlich-demokratische Grundordnung des Grundgesetzes und nimmt dieser gegenüber insgesamt eine kämpferisch-aggressive Haltung ein.

BVerwG 6 A 4.09 - Urteil vom 1. September 2010, http://www.bundesverwaltungsgericht.de/enid/9fa4db1056269dc4d8552 74f359c5325,87901a617a092d09425665 727747203620412034 2e3039093a095f74 72636964092d093133323734/Spezialseiten/Verwandte_Dokumente_ax.html ■

HDJ-Verbot ist zu begrüßen

„Die Bestätigung des Verbots der HDJ ist unbedingt zu begrüßen", erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, nachdem das Bundesverwaltungsgericht am 1.9. die Verbotsverfügung des Bundesinnenministeriums bestätigt hat. Jelpke weiter:

„Ein Verein weniger, der Kinder und Jugendliche ideologisch kontaminiert und sie zu Feinden jeglicher demokratischer Ideale verzieht – das ist ein Erfolg. Er zeigt zugleich, dass das notwendige Verbot der NPD ebenfalls möglich wäre, wenn der Staat nur den Willen dazu hätte.

Das Bundesverwaltungsgericht weist in seiner Begründung darauf hin, die HDJ habe die Blut-und-Boden-Ideologie sowie Rassenlehre vertreten.

Was das angeht, muss man allerdings auf Folgendes hinweisen: Unterricht in „Rassenkunde" und angeblichen genetischen Unterschieden zwischen Deutschen, Ausländern und Juden hat uns in den letzten Tagen auch der unsägliche Thilo Sarrazin erteilen wollen. Das zeigt: Rassismus gibt es nicht nur bei der „extremen Rechten", sondern auch in der Mitte der Gesellschaft."

Ulla Jelpke, MdB
Innenpolitische Sprecherin
Fraktion DIE LINKE. ■

Nachtrag zu AN Nr. 17/2010
Das Statement zu den Vorbereitungen der Proteste in Dortmund für den 4. September, das wir im letzten Heft auf Seite 5 veröffentlichten, war von Ulrich Sander, VVN-BdA NRW. Leider fehlte der Autorenname, so dass der Kommentar nicht ohne weiteres verständlich ist. Wir bitten um Entschuldigung. Die Redaktion

Fortsetzung Seite 1, Dortmund hat sich quergestellt

Inakzeptabel ist aber, dass sie mit einer Vielzahl von Straßensperrungen, Versammlungsverboten, Einkesselungen, Platzverweisen und Festnahmen immer wieder gegen Antifaschisten vorgegangen ist, die ihren Protest in Hör- und Sichtweite der Nazis ausdrücken wollten. 131 Linke wurden festgenommen. Dabei ging die Polizei leider wie häufig sehr brutal vor, was nicht nur Linken auffiel. Im WAZ-Portal „Der Westen" hieß es: „Hier und da besonnen die Polizei. An anderer Stelle wieder gingen die Beamten mit unverhältnismäßiger Gewalt zur Sache, vor allem gegen linke Demonstranten. Da wurden schmerzhafte Nasen- und Ohrengriffe angewandt. In krassem Gegensatz dazu scherzten und feixten Polizisten mit den eingeschlossenen Nazis in Wambel. Und dafür bringt nun kein einziger Bürger Verständnis auf."

Unterm Strich kann aber festgehalten werden:

Die angemeldeten Protestkundgebungen sowie die Blockaden haben den Nazis die Stadt Dortmund als Aufmarschgebiet erfolgreich streitig gemacht. Sich auf die offiziellen Behörden zu verlassen, das reicht nicht – angesichts des viel zu spät, viel zu wacklig und letztlich aufgehobenen Verbotes der Nazidemo müssen wir die Dinge „selbst in die Hand nehmen", wie das Dortmund-stellt-sich-Quer"-Bündnis festhielt. Und das ist gelungen.



Neonazis bei der Kundgebung in Dortmund *Foto: Karin Richert*

Ulla Jelpke ist innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag und engagiert sich im Bündnis „Dortmund stellt sich quer." ■

Mahnwache an der Steinwache

Eine besondere Aktion war der VVN-BdA durch plötzliche Ereignisse quasi aufgezwungen worden. Als bekannt wurde, dass die Polizei den Nazis genehmigt hatte, sich in der Nähe der Auslandsgesellschaft nebst Steinwache, das heißt an der Gedenkstätte „Widerstand und Verfolgung 1933 – 1945" zu formieren, da riefen VVN-BdA, Förderverein Steinwache und Internationales Rombergparkkomitee mit Unterstützung der Föderation des Internationalen Widerstandes FIR zu einer ganztägigen Mahnwache an der Gedenkstätte auf.

Hunderte besonders junge Menschen haben sich für kurz oder lang daran beteiligt. Die Mahnwache veranlasste die Polizei, zu vermeiden, dass auch nur ein Rechter in die Nähe der Gedenkstätte kam. *Ulrich Sander* ■

„Bombenstimmung" bei Aachener Kameradschaft

Das Verbot des sogenannten „Nationalen Antikriegstages" am 4. September in Dortmund, das vom Bundesverfassungsgericht dann wieder teilweise aufgehoben wurde, war in diesem Jahr mit einem Ereignis von besonderer Brisanz begründet worden. Es bestehe die Gefahr, dass bei den zu erwartenden Aktionen von Rechts aus der Versammlung heraus gegen mögliche Blockaden von Antifaschisten (sogar) Sprengsätze eingesetzt werden könnten. Was war geschehen?

Der Aachener Neonazi Falko Wolf war am 1. Mai 2010 in Berlin im Rahmen einer Demonstration mit mehreren selbst gebastelteten Sprengsätzen aufgefallen, die zum Teil mit Scherben versetzt waren. Ende August war die Wohnung von Falko Wolf durchsucht worden, er selbst wurde in Haft genommen. Wolf habe sich, so der Dortmunder Polizeipräsident Schulze im Vorfeld des Dortmundes Aufmarsches, in der Ruhrgebietsstadt aufgehalten und habe Kontakte zur dortigen Szene gepflegt. Daher bestehe die Gefahr, dass es am 4. September ebenfalls zum Einsatz von Sprengsätzen aus Eigenproduktion kommen könne.

Neben der Wohnung von Falko Wolf, der schon seit geraumer Zeit mit seinen KAL-Kameraden handfesten physischen und psychischen Terror gegenüber Bürgern und (echten oder vermeintlichen) „politischen Gegnern" im Kreis Aachen und Düren ausübt und dessen Kameraden vorgeworfen wird, sie hätten sich an der jüngsten Schändung des jüdischen Friedhofes in Aachen beteiligt, wurden auch zwei weitere Objekte im Zusammenhang mit den Ermittlungen zu den Sprengstoff-Vorwürfen durchsucht: Dabei handelt es sich um die Wohnung der Brüder R. in Radevormwald, bei denen ebenfalls pyrotechnische Materialien, die, wie sich ein Polizeibeamter ausdrückte, „für Sprengstoffanschläge geeignet" seien, sichergestellt wurden. Während Tobias R., der für „pro NRW" im Radevormwalder Stadtrat sitzt, am 1. Mai auf einer Kundgebung in Solingen war, hatte sich sein jüngerer Bruder Jonas R., der vorübergehend von der Polizei festgenommen wurde, offenbar zusammen mit Falko Wolf in Berlin aufgehalten. Jonas R. war aber auch schon desöfteren bei „pro"-Aktionen gesichtet worden. Von der „pro"-Bewegung, die sich und ihre Akteure bekanntermaßen stets als „seriöse Alternative von rechts" darzustellen sucht, lag bis zum Redaktionsschluss noch keine Stellungnahme dazu vor.

Die Vorgänge werfen einige Fragen auf: Macht hier ein Teil der Neonaziszene den Schritt von gewalttätigen Angriffen gegen Personen, Institutionen und Gebäuden zum Rechtsterrorismus im engeren Wortsinn? Zu berücksichtigen ist hierbei allerdings, dass es pyrotechnische „Bastler" von rechtsaußen in NRW in der Vergangenheit immer wieder gegeben hat, ohne dass daraus ein Rechtsterrorismus entstanden wäre. Vollkommen unklar ist zudem, wie sich etwaige, über den Bruder von Tobias R. hinausweisende, Verbindungen zu den Rechtspopulisten von „pro NRW" gestalten. Das Vorgehen der Polizei ist in diesem Zusammenhang ebenfalls undurchsichtig: Der späte Zeitpunkt der Hausdurchsuchungen bleibt hierbei den Beobachtern ebenso rätselhaft wie das Ausbleiben eines behördlichen Schlages gegen die aktivistische und radikale Dortmunder Neofaschistenszene. *Phillip Becher* ■



Neonazi soll gegen Verbot der SSS verstoßen haben

Sachsen. Zurzeit steht Martin S. unter anderem wegen des Verdachts der Zuwiderhandlung gegen ein Verbot gemäß des Gesetzes zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts vor dem Landgericht Dresden. Die Staatsanwaltschaft legt dem 27-jährigen Angeklagten zur Last, nach dem Verbot der „Skinheads Sächsische Schweiz“ (SSS) zu den Jungen Nationaldemokraten gewechselt und unter deren Namen Rudolf-Hess-Gedenkfeiern und ähnliche Auftritte veranstaltet zu haben.

Die Staatsanwaltschaft wertet das als Unterlaufen des Verbotes der SSS.

Außerdem soll der Angeklagte im September 2006 einen Polizisten mit einer Flasche angegriffen haben. Ermittler hatten bei dem 27-Jährigen mehrere T-Shirts mit verbotenen Hakenkreuzen gefunden. Für den Prozess sind 12 Verhandlungstage anberaumt.

Quelle: http://www.dresden-fernsehen.de/default.aspx?ID=6090&showNews=807471 ■

18. September: Nazis stoppen!

Berlin. Am 18. September plant die NPD in Berlin ein Rechtsrock-Konzert und eine öffentliche Kundgebung. Der Ort wird vermutlich Schöneweide sein. Als Anlass nimmt sie das geplante Integrationsgesetz des Berliner Senats. Eine Demonstration in Schöneweide ist vom Bündnis „Zusammen gegen die NPD“ bereits angemeldet. Neueste Informationen gibt es unter: http://zusammengegendienpd.blogsport.de_

Im Aufruf zum 18. September heißt es:

Am 18. September 2010 in Berlin — Nazis stoppen! Wie schon so oft will die neofaschistische Berliner NPD am 18. September mit platten Parolen gegen ein gleichberechtigtes Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft hetzen. Als Anlass soll das geplante Integrationsgesetz des Berliner Senats herhalten, um Ängste vor einer angeblichen „Überfremdung“ zu schüren.

Auf der Kundgebung zum Berliner Wahlkampfauftakt der Nazipartei sollen obendrein mehrere Rechtsrockbands die Berliner_innen mit Hassparolen beschallen, unter Beteiligung teils einschlägig vorbestrafter NPD-Funktionäre.

... Am 1. Mai haben tausende Menschen in Berlin gezeigt, dass sie keine Neonazis und keine rassistische Propaganda dulden. Am 18. September werden wir dies wieder genau so bekräftigen!

Hingehen — hinsetzen — Rassisten blockieren!

Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - und der Antifaschistinnen und Antifaschisten http://berlin.vvn-bda.org ■

Minarett-Abschießspiel der FPÖ

Österreich. Ein Minarett-Abschießspiel auf der Homepage der österreichischen Rechtspartei FPÖ hat für Empörung im Alpenland gesorgt. Die Staatsanwaltschaft Graz nahm Ermittlungen wegen des Verdachts der Volksverhetzung und Herabwürdigung religiöser Lehren auf, meldete die österreichische Nachrichtenagentur APA.

Das Videospiel „Moschee-Baba“ (Moschee-Tschüss) erschien am Dienstagabend auf der FPÖ-Homepage. Zuvor hatte die Partei mit Bezug auf die muslimkritischen Äußerungen des deutschen Bundesbank-Vorstands Thilo Sarrazin „Sarrazin statt Muezzin“ gefordert. Die Partei griff die Debatte in Deutschland dankbar als Thema für die Landtagswahl in der Steiermark am 29. September auf.

Das umstrittene „Moschee-Baba“-Spiel funktioniert wie das bekannte Internet-Jagdspiel „Moorhuhn“. Vor einer Alpenkulisse bewegt der Spieler ein Stopp-Schild und kann per Mausklick aufsteigende Minarette, Moscheen oder laut rufende Muezzine treffen und so Punkte



sammeln. Das Spiel stammt von derselben Firma, die auch schon die Kampagne für das Minarettverbot in der Schweiz gestaltete.

Alle Parteien und die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGIÖ) reagierten entsetzt. „Das ist Religions- und Fremdenfeindlichkeit sondergleichen“, sagte IGGIÖ-Präsident Anas Schakfeh. Die FPÖ wies die Kritik, ein Islam-Schießspiel kreiert zu haben, zurück. Es werde nicht geschossen, sondern nur eine Stopp-Taste gedrückt. Damit solle eine „politische Fehlentwicklung“ abgestellt werden.

Quelle: http://www.n-tv.de/politik/ 1. September 2010 ■

Nötigung

Mit einem vorgeblichen „Hilfsprogramm“ versuchen die Deutsche Bahn AG und ihre Eigentümerin (d.i. die Bundesrepublik Deutschland) den berechtigten Forderungen der überlebenden „Reichsbahn“-Opfer auszuweichen. Wie es in unbestätigten Berichten heißt, bietet die DB AG den Deportierten in Polen, Weißrussland, der Ukraine und Russland pro Kopf sechs bis zwölf Euro an. Die Überlebenden wurden in jugendlichem Alter mit der „Reichsbahn“ in die deutschen Zwangs- und Vernichtungslager verschleppt. Der ihnen zugedachte Betrag („humanitäre Geste“) soll über drei Jahre gestreckt werden, so dass die betagten und oft hinfälligen „Reichsbahn“-Opfer jährlich maximal vier Euro zur Verfügung hätten. Als „Vermittler“ des Angebots tritt der Vorstand der Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ (EVZ) auf. Damit bestätigen sich Befürchtungen, die der „Zug der Erinnerung“ den internationalen Opferorganisationen Anfang August zur Kenntnis brachte: Die deutsche Verhandlungsführung scheint darauf abzuzielen, „die Bedürftigkeit der Opfer auszunutzen“ und „ihre tatsächlichen Ansprüche durch Zeitablauf zu erledigen.“ Anlässlich seiner kommenden Mitgliederversammlung will der „Zug der Erinnerung“ entscheiden, wie er die berechtigten Ansprüche der Opfer weiter unterstützen kann – sowohl in Deutschland wie im Ausland. *www.zug-der-erinnerung.de* ■

Extremismus der Mitte: Sarrazin stoppen!

Der ehemalige Berliner Finanzsenator und jetzige Bundesbanker Thilo Sarrazin hetzt gegen Muslime und Hartz IV-Empfänger. Dabei greift er auf pseudowissenschaftlichen Biologismus und offenen Sozialdarwinismus zurück. Er hält Intelligenz für erblich. Er glaubt, Anhänger der jüdischen Religionsgemeinschaft trügen ein „Juden-Gen" in sich. Und er sieht die Gefahr einer Islamisierung Deutschlands.

Nahtlos knüpft das Noch-SPD-Mitglied Sarrazin damit an Gedankengut der faschistischen NPD und der rassistischen Islamhasser von Pro-Deutschland an. Doch Sarrazin trägt nicht Bomberjacke und Springerstiefel, sondern Anzug und Krawatte. Er hetzt nicht im Hinterzimmer einer Nazi-Kneipe, sondern verbreitet seine Thesen im Haus der Bundespressekonferenz. Er ist keine gescheiterte Existenz, sondern Vertreter der Bundesbank. All das macht Sarrazin und den von ihm verkörperten Extremismus aus der Mitte der Gesellschaft so brandgefährlich. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, Sarrazin als zukünftigen Spitzenkandidaten einer Rechtsaußen-Partei zu sehen.

Besonders perfide an Sarrazins Hetze ist, dass er als strikter Unterstützer und Umsetzer der Agenda 2010 zuerst aktiv dazu beigetragen hat, Menschen ins Hartz-IV-Elend zu stürzen. Jetzt tritt er nach, um die Opfer dieser unsozialen Politik weiter zu demütigen und für ihre erzwungene Misere verantwortlich zu machen. Das ist die arrogante Attitüde eines Herrenreiters, der zuerst seinen Knechten ins Gesicht spuckt und sich anschließend mit den Worten abwendet: „Eurer Elend kotzt mich an."

Nicht nur die SPD, auch die Berliner LINKE muss sich selbstkritisch fragen, wie sie jahrelang gemeinsam mit einem Politiker, der derartiges proto-faschistisches Gedankengut vertritt, regieren konnte. Stoppen wir Thilo Sarrazin. Er und seine Thesen aus braun-dumpfer Vergangenheit gehören auf den Müllhaufen der Geschichte. *Ulla Jelpke, MdB*
Innenpolitische Sprecherin
Fraktion DIE LINKE. ■



Kundgebung gegen Sarrazins Auftaktlesung

HILDESHEIM. Am 2. September sollte Thilo Sarrazins Auftaktlesung aus dem Buch „Deutschland schafft sich ab" in einer Buchhandlung in der Hildesheimer Innenstadt stattfinden. Die Lesung wurde abgesagt, nachdem eine Kundgebung unter dem Motto „Kein Forum für Antisemitismus, Rassismus und populistische Hetze!" angemeldet wurde und plötzlich ein Sicherheitsrisiko bestand...

Die Kundgebung fand mit ca. 50 Personen trotzdem statt. In einem Redebeitrag hieß es: „Auch wenn die Lesung abgesagt wurde, so sind die Umstände dieser Absage ein Grund mehr auf die Straße zu gehen. Es ist schon merkwürdig, dass die Veranstaltung aus Sicherheitsgründen abgesagt wurde. In den Medien wurde berichtet, dass der Grund eine geplante Demonstration sei - gemeint ist wohl unsere Kundgebung. Wir denken, dass nicht von den Menschen, die für ein solidarisches und gerechtes Miteinander auf die Straße gehen, um gegen antisemitische und rassistische Hetze ein Zeichen zu setzen, eine Gefahr ausgeht. Gefährlich sind die geistigen Brandstifter, die mit menschenverachtenden und stigmatisierenden Plattitüden populistische Hetze betreiben und dem nationalistischen Mob auf der Straße Stichwortgeber sind. Kein Forum für Rassismus, Antisemitismus & populistische Hetze! *Arbeitskreis Antifaschismus Hildesheim, www.aka-hildesheim.tk* ■

Protest gegen Sarrazinauftritt im Haus der Kulturen

BERLIN. Mit einem Protestbrief gegen den Auftritt Sarrazins auf dem Internationalen Literaturfestivals im Haus der Kulturen der Welt hat sich der Migrationsrat Berlin-Brandenburg an die Öffentlichkeit gewandt:

Am 25.9.2010, 18h soll Thilo Sarrazin sein neues Buch „Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen" im Rahmen des Internationalen Literaturfestivals Berlin im Haus der Kulturen der Welt vorstellen.

In dem Werbetext des Verlags heißt es: „Thilo Sarrazin beschreibt (...) die Folgen, die sich für Deutschlands Zukunft aus der Kombination von Geburtenrückgang, problematischer Zuwanderung und wachsender Unterschicht ergeben. Er will sich nicht damit abfinden, dass Deutschland nicht nur älter und kleiner, sondern auch dümmer und abhängiger von staatlichen Zahlungen wird."

Wir protestieren dagegen, einem Politiker, der aufgrund seiner rassistischen Äußerungen bekannt geworden ist und seine Thesen nun in Buchform präsentiert, eine derartige Plattform im Haus der Kulturen der Welt zu bieten. Sarrazin beschreibt unter Rekurrierung auf eine „aggressive und atavistische Mentalität" einen Großteil der „Araber" und „Türken" als „weder integrationswillig noch -fähig" und unterteilt Menschen in vermeintlich „produktive" und „nicht-produktive" und damit erwünschte und unerwünschte Mitglieder dieser Gesellschaft. Seine Hetze mündet in apokalyptischen Bedrohungsszenarien, in denen insbesondere muslimische Migrant/innen und ihre Nachkommen zu einer Gefahr für das „Abendland" stilisiert werden. So schreibt Sarrazin in seinem Buch: „Ich möchte nicht, dass das Land meiner Enkel und Urenkel zu großen Teilen muslimisch ist, dass dort über weite Strecken Türkisch und Arabisch gesprochen wird, die Frauen ein Kopftuch tragen und der Tagesrhythmus vom Ruf der Muezzine bestimmt wird. (...) Demografisch stellt die enorme Fruchtbarkeit der muslimischen Migranten eine Bedrohung für das kulturelle und zivilisatorische Gleichgewicht im alternden Europa dar."

Mit der Akzeptanz der Propagierung einer solchen Weltsicht verliert der Gastgeber der geplanten Veranstaltung – das Haus der Kulturen der Welt – jegliche Glaubwürdigkeit in Bezug auf den Anspruch, den es im Namen führt.

... Deshalb fordern wir die Verantwortlichen im Haus der Kulturen der Welt und die Organisator/innen des Internationalen Literaturfestivals Berlin auf, Thilo Sarrazin aus ihrem Programm zu streichen, statt ihm bei der Verbreitung seiner menschenfeindlichen Thesen zu assistieren!

Gleichzeitig rufen wir alle Autor/innen des Literaturfestivals auf, die Bühne nicht mit einem bekennenden Rassisten zu teilen! Bitte unterzeichnen Sie dieses Protestschreiben, leiten Sie es weiter und sagen Sie NEIN zum salonfähigen Rassismus und deren Fürsprecher/innen!

Migrationsrat in Berlin-Brandenburg
www.mrbb.de, gk@mrbb.de ■

Beifall von Rechts

KÖLN. Die Fraktion pro Köln will für die Ratssitzung am 14. September die Verleihung der Kölner Ehrenbürgerwürde für Thilo Sarrazin beantragen. In der Antragsbegründung wird auf Sarrazins „große Verdienste um die Meinungsfreiheit wider dem Diktat der ‚Politischen Korrektheit' abgezielt." Auch in Köln könne dank Thilo Sarrazin jetzt freier und unbefangener diskutiert werden, was auch notwendig seidenn, „die Islamisierung ganzer Stadtteile" schreite ungebremst voran. ■

Front National:

Das Rennen um den Parteivorsitz ist angepfiffen

Am 1. September fiel der Startschuss für den „offiziellen Wahlkampf", also die parteiinterne Entscheidungsschlacht beim Front National (FN) um den Parteivorsitz. Der oder die künftige Vorsitzende der rechtsextremen Partei wird bei ihrem nächsten Kongress, am 15. und 16. Januar 2011 im westfranzösischen Tours, gewählt werden. Der „Wahlkampf" dazu beginnt in den kommenden Tagen und Wochen mit Abstechern der Kandidaten in die französischen Départements (Verwaltungsbezirke). Vom 14. Dezember 2010 bis zum 8. Januar 11 werden die Parteimitglieder dann per Briefwahl abstimmen, und das Ergebnis wird auf dem Parteitag verkündet werden.

Wie erwartet, standen am 1. September zwei Bewerber dazu in den Startlöchern: die 42-jährige frühere Anwältin Marine Le Pen – Tochter Jean-Marie Le Pens – und der 60-jährige frühere Juraprofessor Bruno Gollnisch. Die Universität Lyon-III hatte Gollnisch zwangspensioniert, nachdem er auf einer Pressekonferenz im Oktober 2004 den Holocaust relativiert und indirekt tendenziell in Frage gestellt hatte. Beide Bewerber sitzen als Abgeordnete im Europaparlament und bekleiden jeweils einen Posten als Vizepräsident oder Vizepräsidentin des FN.

Am 30. Juni 10 war die Frist für eine Anmeldung als Kandidatin oder Kandidat für den Parteivorsitz abgelaufen. Um sich bewerben zu können, benötigte eine Person mindestens zwanzig Unterstützungsunterschriften von Bezirksvorsitzenden (secrétaires départementaux) des FN – und diese wiederum werden vom Parteichef, also bislang Jean-Marie Le Pen, direkt ein- oder abgesetzt. Der „Filter" verhinderte also nicht nur potenzielle unliebsame Kandidaturen, sondern hätte potenziell sogar Bruno Gollnischs Bewerbung gefährden können. Letztendlich unterschrieben 68 der Bezirksvorsitzenden für Marine Le Pen, und 30 für ihren Herausforderer Gollnisch. Sicherlich mit Rückendeckung auch durch Jean-Marie Le Pen, in dessen Augen eine Wahl mit nur einer Kandidatin kaum „echt" ausgesehen hätte. Doch kann von etwaiger „Neutralität" seinerseits keine Rede sein.

Denn der Noch-Parteichef ist in dieser Frage, beim Rennen um seine eigene Nachfolge, alles andere als zurückhaltend. Pünktlich am 30. Juni, dem Anmeldeschluss für die Kandidaturen, erschien ein Interview des 82-jährigen rechtsextremen Politikers in der Boulevardzeitung ‚France Soir'. Darin sprach Jean-Marie Le Pen sich unverhohlen für seine Ablösung durch die eigene Tochter aus; Gollnisch, erklärte er im selben Atemzug, würde „einen guten Außenminister abgeben". Seiner Tochter dagegen rechne er „ernsthafte Chancen" aus, als Präsidentschaftskandidatin des FN im Jahr 2012 die Wahl zu gewinnen. Sie habe „die besten Qualitäten" – „physische, mentale, intellektuelle, …." Bösartig fügte er hinzu, Gollnisch habe „das Problem, dass seine Freunde außerhalb des FN sind, weil sie ihn verlassen haben: Carl Lang, Bernard Antony, Jacques Bompard. Bruno möchte, wie er sagt, die ‚Rückkehr zur Wiege' der gesamten extremen Rechten organisieren." Die Angesprochenen sind frühere hochrangige Parteikader des FN – Lang war etwa Generalsekretär bis 2005, und Bompard war (und ist, aber ohne FN-Parteibuch) Bürgermeister im südfranzösischen Orange –, die eine programmatische „Aufweichung" durch die „Modernisierungs"bemühungen Marine Le Pens beklagt hatten. Alle drei befinden sich heute in, jeweils unterschiedlichen, rechtsextremen Splitterparteien wie dem PdF (Parti de France) unter Vorsitz Carl Langs oder der Ligue du Sud.

Schwerer Stand für Gollnisch

Marine Le Pen, der Umfragen als Bewerberin für die nächste Präsidentschaftswahl im Jahr 2012 derzeit 13 %, diverse Beobachter jedoch bis zu 20 % der Stimmen voraussagen, hat sicherlich den weitaus besseren Stand auch im innerparteilichen Wettkampf.

Ab der zweiten Septemberwoche und bis im Dezember dieses Jahres möchte sie fünfzig französische Verwaltungsbezirke (von insgesamt 100) aufsuchen, um die Parteimitglieder des FN davon zu überzeugen, für sie abzustimmen. In weiteren fünfzig Bezirken möchte sie ihre Mitarbeiter ausschwärmen lassen. Gollnisch seinerseits beginnt seinen „Wahlkampf" in der zweiten Septemberwoche im Département Maine-et-Loire. Ansonsten hat er jedoch, laut Aussagen seiner innerparteilichen Gegner, kaum Abstecher quer über das Staatsgebiet auf dem Programm stehen. Ein „(Rede-)Duell" zwischen den beiden Bewerbern um den Spitzenposten lehnte Marine Le Pen ihm ab: „Es wäre schädlich für die Bewegung, unsere Divergenzen nach außen zu tragen."

Nicht eingeladen worden war Gollnisch am letzten Augustwochenende anlässlich der frankreichweiten „Sommeruniversität" der Parteijugend FNJ, wie er sich kurz vor ihrem Stattfinden denn auch öffentlich beschwerte. Die Veranstaltung, die in Cormont im Département Pas-de-Calais (in der Nähe der belgischen Grenze) und damit in der Hochburg Marine Le Pens bei den letzten Regionalparlamentswahlen stattfand, war mit dem Sommerfest der regionalen Sektion des FN verkoppelt: Unter der Woche tagten – je nach voneinander abweichenden Angaben – 40 bis circa 100 Mitglieder des Jugendverbands FNJ, der noch als „in Konvaleszenz" beschrieben wird und soeben aus einer fast tödlichen Krise (infolge des Verlusts an Mitgliedern und Aktivisten) heraustritt. Am Rande kam es zu Streit unter anderem mit katholischen Fundamentalisten, die sich über das Ausbleiben einer Sonntagsmesse, zu viel Alkohol und zu wenig „Gemeinschaftsgeist" beklagten – aber in Wirklichkeit auch herummosern dürften, weil sie eher Bruno Gollnisch unterstützen. Letzterer hatte keine Einladung erhalten. Als dies auch in der Presse publik wurde, versicherte FNJ-Chef David Racheline dann, falls Gollnisch kommen könne, dann sei das „kein Problem". Gollnisch zog es dann aber vor, dennoch fernzubleiben, während seine jugendlichen Anhänger (Les jeunes avec Gollnisch) sich darüber beschwerten, die Anhänger Marine Le Pens monopolisierten und instrumentalisierten den Jugendverband. Am darauf folgenden Wochenende des 28./29. August trafen rund 600 Parteigänger des FN aus der nordostfranzösischen Region ein, und mit ihnen als Stargäste Jean-Marie und Marine Le Pen. Der alternde Parteichef, der auch die Abschlussrede hielt, nahm seinen Aufenthalt in Cormont zum Anlass, abermals für seine Tochter als künftige Vorsitzende zu werben: Diese trage „einen symbolträchtigen (Familien-)Namen", erklärte er verschmitzt vor anwesenden Journalisten.

Ausblick

Dass Marine Le Pen letztendlich das Rennen um den Vorsitz gewinnt, ist aufgrund ihrer Außenwirkung wahrscheinlich. Doch sind Parteimitglieder nicht wie die „einfachen" Wähler, und ihr Stimmverhalten kann sich potenziell deutlich unterscheiden, wie der langjährige Beobachter der extremen Rechten Jean-Yves Camus analysiert. Bei den „einfachen" Wählern ist vor allem Marine Le Pen populär, wesentlich stärker als der eher professoral wirkende Gollnisch: jünger, charismatisch, eine Frau. Und ferner trägt sie auch einen Familiennamen, der sich bislang als zugkräftig erwies. Aber unter den Parteimitgliedern könnte sich eine größere Anzahl befinden, die von ihr eine zu starke „Aufweichung" der Programmatik, zu viel Ausrichtung auf die Medienöffentlichkeit und die Präsenz in Talkshows – wo sie tatsächlich fast Dauergast ist –, zu hohe Aufmerksamkeit auf die Form und die Verpackung befürchten. Wahrscheinlich kämpft Bruno Gollnisch letztendlich eher um „Platz" denn um „Sieg". Aber wie weit ihre Stimmergebnisse am Schluss auseinander liegen – das dürfte auch über das künftige Profil der rechtsextremen Partei mit entscheiden.

Bernhard Schmid, Paris ■

Druck wirkt: Landhaus Eden in Soltau lädt NPD-Niedersachsen wieder aus

Innerhalb weniger Wochen wurde ein zweites Mal eine NPD-Veranstaltung im Raum Soltau im Voraus verhindert. Drei Tage zuvor wurde DGB und Antifas bekannt, dass die NPD-Niedersachsen am Sonntag 29.8.10 in Soltau im Landhaus Eden ihre kommunalpolitische Tagung abhalten wollte. Anfangs zeigte sich der Wirt überrascht, denn NPD-Landesvorstandsmitglied Christian Berisha habe eine „Verkaufsveranstaltung für Uhren“ angemeldet. Gleichzeitig lehnte der Wirt die Ausladung der NPD ab, denn er habe nichts gegen die NPD. Tags darauf hieß es vom Wirt, es sei doch eine klare NPD-Raumbuchung gewesen. Als der DGB dem Wirt sagte, dass vor seiner Tür demonstriert werde, empfand er das als Drohung und zeigte gar Sympathie für die NPD. Einige Anrufe auch von Lokalpolitikern, ein Bericht der Böhme-Zeitung und Einträge im Internet-Gästebuch des Lokals (die dort unzensiert sich automatisch selbst veröffentlichten) schürten beim Wirt Angst ums Image.

Die Verhandlung zwischen DGB und Wirt ergab: der Wirt sagt der NPD ab und verkündet das selbst öffentlich und es findet keine Protestaktion vorm Lokal (an vielbefahrener Bundesstraße nahe A7-Abfahrt) statt. Wenn sich dennoch Antifaschisten vorm Lokal zeigen, würde er demnächst die NPD wieder einladen, meinte der Mehrfach-Unternehmer. Aber er sah sich genötigt der DGB-Forderung nachzukommen und meldete der Presse Freitagmittag die Ausladung der NPD. Dort hinterließ er dann allerdings den Eindruck eines richtigen NPD-Gegners. Die NPD blieb weg, einige Beobachter hielten sich am Sonntag nahe dem Landhaus Eden auf.

„Nach Neuenkirchen am 16.7.10 und diesem Fall haben AntifaschistInnen innerhalb weniger Wochen zum zweiten Mal eine NPD-Veranstaltung im Raum Soltau im voraus verhindert“, freut sich DGB-Sprecher Charly Braun. Am 30.8.10 stellte der NPD-Unterbezirk Lüneburg ins Netz, dass „am Rande der Lüneburger Heide“ „in ruhiger und ungestörter Atmosphäre das diesjährige Mandatsträgertreffen der NPD Kommunalpolitiker Niedersachsens“ stattfand. Zum Beweis gab’s ein Foto, dass nach Frontalunterricht im großen Wohnzimmer aussah.

Berishas Unterrichtsmaterial ist ein „Leitfaden für NPD-Kommunalpolitiker und Mandatsträger bei der öffentlichen politischen Arbeit“. Berisha, auch als Moderator „Christian von der Heide“ fürs „Netzradio Germania“ tätig, sitzt für die NPD-nahe Liste UWL im Kreistag Lüneburg. Die NPD und die ihr zugehörigen Wählerlisten haben in Niedersachsen etwa 20 kommunale Mandate. 2011 sind wieder Kommunalwahlen. Berishas will mit seinem Leitfaden den Kameraden helfen, „viele Fehler nicht mehr zu begehen, die ich in der Vergangenheit aus Unwissenheit in meiner Außendarstellung in der einen oder anderen Situation gemacht habe“. Er rät zum „anständigen“ Bedecken einer „Armada“ von Tätowierungen. Man solle sich in Grautönen kleiden, denn „sie vermitteln dem Betrachter farbenpsychologisch „Unschuld“ – sehr zu empfehlen bei Verhandlungen als „Angeklagter“. Abgestimmt werden soll mit der linken Hand, da die Presse gern Bilder veröffentliche von ausgestreckten rechten Armen der Kameraden. Und er warnt vor zu viel Radikalität beim Auftreten, denn das bedeute in der Wählerwahrnehmung oft auch „zu viel Veränderung“, davor habe der Wähler „(derzeit) Angst“.

der Heidebote von antifa.sfa. over-blog.com ■

1. September 2010 – Antikriegstag in Kassel

Auch dieses Jahr hat das Kasseler Friedensforum (von den Medien unbeachtet) des Kriegsbeginns am 1.9.1939 und der Opfer des Faschismus im Mahnmal am Weinberg frühmorgens um 5.45 Uhr gedacht. Dabei sprach Silvia Gingold, Tochter des bekannten antifaschstischen Widerstandskämpfers Peter Gingold (Angehöriger der Resistance). Wir dokumentieren die Rede. *Frank Skischus*

„Dann kam der 1. September 1939, als Hitler verkündete: ‚Seit 5.45 wird zurückgeschossen‘ ... Dann am 10. Mai 1940 der Angriff der Hitlerarmee auch im Westen. Die Ereignisse überstürzten sich. Die Invasion in Dänemark, die Landung in Norwegen. Unter Verletzung der Neutralität drangen die deutschen Panzereinheiten in Holland, Luxemburg und Belgien ein“.

Und in den Erinnerungen meines Vaters Peter Gingold über seinen antifaschistischen Kampf an der Seite der Résistance in Frankreich, aus denen ich gerade gelesen habe, heißt es weiter:

„Die Hakenkreuzfahne auf dem Eiffelturm... Nun hatten wir die Deutschen bei uns. Was lag näher, als sie mit unseren Möglichkeiten, also mit Streuzetteln und Flugblättern aufzuklären? Aber unsere kleine Gruppe besaß nicht einmal eine Schreibmaschine, geschweige denn einen Abziehapparat. In einem Spielwarengeschäft besorgten wir uns einen Kinderdruckkasten, Zigarettenpapier konnten wir noch zuhauf erhalten, auch kleine Klebezettel, die auf Schulhefte geklebt werden. Wir stempelten kurze Losungen darauf wie ‚Schluss mit dem Krieg‘, ‚Nieder mit Hitler‘. Wir wussten, wo Deutsche kaserniert waren und wo die leeren Militär-LKWs standen. Gegen Abend, bei Dämmerung, haben wir die Streuzettel über die Kasernenmauer geworfen, da und dort Zettel angeklebt und auch in die leer stehenden Militär-LKWs geworfen.... Dabei haben wir uns absolut keine Illusionen gemacht, was wir damit erreichen würden. Ein Wehrmachtsangehöriger in seiner Siegeseuphorie würde sich an die Stirn tippen, wenn er so einen Zettel finden würde.... Jedenfalls sollte er wissen: Auch in dieser Situation, wo fast jeder begeistert glaubte, vor dem Endsieg zu stehen, gab es noch Hitlergegner, Kriegsgegner. Vielleicht war es auch gegenüber den Franzosen nichts anderes als eine symbolische Handlung, die zeigen sollte, es gibt auch andere Deutsche, nicht jeder ist ein Nazi...“

Am 1. September 2004, dem 65. Jahrestages des Beginns des Hitlerkrieges erinnerte mein Vater in einer Rede: „Die Kriegsfeuerwalze über ganz Europa, die deutsche Jugend in die Schlachtfelder bis nach Stalingrad getrieben, die Tötungsindustrie, die die gesamte europäische jüdische Bevölkerung auslöschte, Verwüstung und Vernichtung, ein Meer von Blut und Tränen. Ich muss an jedem 1. September vor allem an jene denken, die es verhindern wollten. Zumeist waren es einfache Frauen und Männer vorwiegend aus der Arbeiterbewegung, die nicht erst gegen den Krieg kämpften, als er für verloren galt. Verhindern wollten sie ihn! Alles haben sie riskiert: Existenz, Freiheit, Folter und Leben. Die Überlebenden schworen. „Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg“!. Nicht einmal die schlimmsten Pessimisten unter uns konnten sich damals vorstellen, dass in diesem Land je wieder Nazismus, Rassismus und Antisemitismus aufkommen kann und Nazis wieder unter dem Schutz des Staates marschieren können.“

Und auch dieses Jahr marschieren sie wieder unter dem Schutz des Staates. Die Neonazis in Dortmund planen am 4. September einen Großaufmarsch zu einem „Nationalen Antikriegstag“. Und der Polizeipräsident von Dortmund hat nicht einmal den Versuch unternommen, diesen zu verbieten. Sie bejubeln und missbrauchen diesen Tag für ihre geschichtsfäl-

schende Darstellung, der Krieg habe erst am 2. September begonnen, als Großbritannien in den Krieg eingriff. Ihre rassistischen und ausländerfeindlichen Parolen erhalten jetzt noch zusätzliche Nahrung durch die unsäglichen menschenverachtenden Äußerungen von Sarrazin. Als mein Vater von Journalisten oft gefragt wurde, ob er angesichts dieses wieder erstarkenden Rassismus durch die neuen Nazis nicht resigniere, betonte er immer wieder, wie viel Zuversicht er schöpfe aus den zahlreichen beeindruckenden antifaschistischen Demonstrationen und Aktionen der vorwiegend jungen Menschen.

Auch an diesem 4. September wird ein breites antifaschistisches Bündnis in Dortmund mit Blockaden – wie in Dresden – dafür sorgen, den Aufmarsch der Neonazis zu verhindern. In seinen Erinnerungen über den antifaschistischenWiderstandskampf schreibt Peter Gingold:

„Wer mir nach 1945 vorausgesagt hätte, dass Deutschland, von dem der grausamste, mörderischste Krieg der Weltgeschichte ausgegangen ist, eines Tages wieder Krieg führen wird, den hätte ich reif für die Irrenanstalt erklärt. Nicht einmal die Wiederaufrüstung in Deutschland hatte ich mir, wie alle Überlebenden, vorstellen können. Doch das Unfassbare geschah. Am Ende des 20. Jahrhunderts führte Deutschland wieder Krieg!“

Das Zitat bezieht sich auf den Krieg gegen Jugoslawien, in dem sich nun wieder eine deutsche Armee, die Bundeswehr im Kriegseinsatz befand.

Dass die Teilnahme der deutschen Bundeswehr an kriegerischen Auseinandersetzungen immer mehr zur Normalität werden soll in dem Bestreben, sich wieder als Weltmacht zu etablieren, beweist vor allem die derzeitige Beteiligung am Krieg in Afghanistan. Nach dem Motto: Wer mitschießt, kann auch mitreden. Um machtpolitische und wirtschaftliche Interessen geht es vor allem – und nicht – wie vorgegeben – um die Verteidigung von Menschenrechten und Demokratie.

Die soziale Lage der afghanischen Bevölkerung hat sich verschlechtert, die Anzahl der zivilen Opfer steigt an. Die Truppenerhöhung hat das Land noch unsicherer gemacht.

In 3 Tagen, am 4. September jährt sich der Tag, an dem die Bundeswehr in Afghanistan mit der Bombardierung eines Tanklasters in Kunduz ein Massaker anrichtete, dem mehr als 100 Zivilisten zum Opfer fielen.

Wie jetzt bekannt wurde, machen Spezialkräfte der Bundeswehr in Afghanistan gezielt Jagd auf Taliban und beteiligen sich damit durch ihre Zuarbeit an gezielten Tötungen von Aufständischen durch Streitkräfte der US-Armee.

Der überwiegende Teil unserer Bevölkerung lehnt den Krieg in Afghanistan und die Beteiligung der Bundeswehr ab.

Den Krieg beenden, sofortiger Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan – dieser Forderung muss jetzt entschieden Nachdruck verliehen werden. Hierzu bietet die bundesweit gestartete Unterschriftenkampagne der Friedensbewegung eine gute Möglichkeit.

In diesem Sinne bitte ich Euch, an der Verbreitung dieses Appells mitzuhelfen und am 4. September zu unserer Mahnwache anlässlich des Jahrestages des Massakers von Kunduz um 11.00 Uhr auf den Opernplatz zu kommen.

Wenn wir heute der Millionen Opfer des Faschismus an diesem Mahnmal gedenken, müssen wir uns der bitteren Erfahrung bewusst werden, dass die Antifaschisten, unter denen viele im Kampf gegen Hitler ihr Leben einsetzten, den Faschismus nicht verhindern konnten. Dazu noch einmal Peter Gingold:

„Die Faschisten sind nicht an die Macht gekommen, weil sie stärker waren als ihre Gegner, sondern weil wir uns nicht rechtzeitig zusammengefunden haben. 1933 wäre verhindert worden, wenn alle Hitlergegner die Einheitsfront geschaffen hätten. Dass sie nicht zustande kam, dafür gab es für die Hitlergegner in der Generation meiner Eltern nur eine einzige Entschuldigung: Sie hatten keine Erfahrung, was Faschismus bedeutet, wenn er einmal an der Macht ist. Aber heute haben wir alle die Erfahrung, was Faschismus bedeutet. Für alle künftigen Generationen gibt es keine Entschuldigung mehr, wenn sie den Faschismus nicht verhindern.“ ■

Charta der Heimatvertriebenen – kein Ruhmesblatt in der Geschichte

Am 5. August trafen sich am Mahnmal für die Opfer nationalsozialistischer Gewalt in Stuttgart Mitglieder der Naturfreunde, der Deutsch-Polnischen und der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und weitere Personen. Sie protestierten an dieser Stelle gegen die Verklärung der „Charta der Heimatvertrieben“, deren 60. Jahrestag gleichzeitig im Stuttgarter Schloss gefeiert wurde. Waldemar Grytz, Vorsitzender der Naturfreunde Stuttgart, in seiner Rede zu „60 Jahre Charta der Heimatvertriebenen“:

Anfang August 1945 endete die Potsdamer Konferenz, in der auch die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen, den Gebieten unter polnischer Verwaltung, der Tschechoslowakei und Ungarn beschlossen wurde. Ausmaß und Form dieser „Überführungen“ waren auch bei den Alliierten umstritten. So bedauerlich und zum Teil tragisch sie für die unmittelbar Betroffenen waren: sie waren letztlich eine Folge des von Hitler-Deutschland angezettelten Krieges, der gnadenlosen Besatzungspolitik, der Demütigung, Ausbeutung und Ermordung von Millionen Menschen. Fünf Jahre später, am 5. August 1950 trafen sich in Stuttgart die sog. Ostdeutschen Landsmannschaften und Vertriebenenverbände. Die damals verabschiedete „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ wird heute im Weißen Saal des Stuttgarter Schlosses als ein „Weg weisendes Dokument der deutschen Nachkriegsgeschichte“ und „beeindruckendes Zeugnis menschlicher Größe und Lernfähigkeit“, gefeiert. Dazu hat Ralph Giordano in der Zeitschrift „Cicero“ unter dem Titel „Die Charta ist eine Farce!“ zwei Einsprüche formuliert, die hier kurz zusammengefasst seien:

Erstens: die Lektüre der Charta vermittelt den Eindruck, als habe die Vertreibung in einem historischen Vakuum stattgefunden, in einem luftleeren Raum des 20. Jahrhunderts. Findet sich doch von dem, was ihr vorangegangen war und zu ihr geführt hatte, kein Wort, keine Silbe, kein Buchstabe. In der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ fehlt jede Spur der Vorgeschichte!

Und das, obwohl 1950 noch die offenen Gräber des Vernichtungskriegs rauchten, seine Wunden gänzlich unvernarbt waren und die Erinnerungen an die Schrecken der deutschen Okkupation allgegenwärtig. Zweiter Einspruch:

„Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung“. So das immer wieder zitierte ethische Zentrum der Charta. … Darf man da fragen, wer und was denn nun von deutscher Rache und Vergeltung verschont geblieben ist, und wem sie gegolten hätte? Was ist das für ein großmütiger Verzicht, der sich blind und ahnungslos gibt gegenüber dem Inferno, das der Vertreibung der Deutschen vorausgegangen war?

Soweit ein Ausschnitt aus Ralph Giordanos Text. Wir erinnern hier und heute daran, dass zahlreiche Unterzeichner dieser so hoch gelobten und gefeierten Charta selbst tief in die Menschen verachtende Politik des NS-Regimes verstrickt waren. Als besonderes Beispiel seien hier die Vertreter der Sudentendeutschen Landsmannschaft genannt:

Karl Mocker, ehemaliger Funktionär in Konrad Henleins Sudetendeutscher Partei (SDP) und später Abgeordneter im baden-württembergischen Landtag. Josef Walter, ebenfalls Henlein-Anhänger und in der Sudetendeutschen Wirtschaftskammer aktiv, die die Verteilung der enteigneten jüdischen Firmen, Geschäfte, Hotels und Handwerkbetriebe durchführte, mitverantwortlich für die Gleichschaltung der Gewerkschaften und Genossenschaftsverbände. Anton Birkner, der 1939 seinen

➔

Entschlossener Protest begleitete Pro NRW

Duisburg. Für den 28. August hatten die Rechten von Pro NRW einen Aufzug in der Duisburger Innenstadt angemeldet, den sie jedoch nur einige hundert Meter hinter dem Rathaus durchführen durften. Somit endete ihr knapp hundert Personen schwacher Aufzug sang- und klanglos auf einem isoliertem Stück hinter dem Rathaus. Rund 200 Gegendemonstranten begegneten ihnen mit lautstarkem Protest, nachdem ein Versuch, den Ort der Pro NRW Abschlusskundgebung zu blockieren, leider misslang.

Seit dem Erfolg von Pro NRW bei der Landtagswahl in Duisburg, kündigen sie auch in Zukunft weitere Aktionen an, um den Kampf gegen Muslime und „Altparteien“ aufzunehmen. Hierbei müssen AntifaschistInnen auch in Zukunft gemeinsam eine offensive Gegenöffentlichkeit in Form von Protest und Aufklärung betreiben. Wir werden es nicht zulassen, dass Rechtspopulisten ungestört im Rücken der neoliberalen Kriegsparteien ihre Hetze verbreiten und uns weiter versuchen zu Spalten.

Quelle: indymedia, Fotos: Karin Richert



Protest gegen Pro NRW-Kundgebung

unten: Pro NRWler in Duisburg

Treueeid auf Adolf Hitler schwor und die Enteignung, Deportation und Vernichtung der jüdischen Bevölkerung in der Slovakei publizistisch begleitete.Im Innenministerium des neu entstehenden Landes Baden-Württemberg fand er nach 1945 seinen Platz. Rudolf Lodgman von Auen, Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, der noch 1960 seine Empörung über die Entführung Eichmanns aus Argentinien publizierte.

Die Liste der alten Kämpfer, die sich dann in der Landsmannschaft und ihrem so genannten Sudetendeutschen („Exil“-) Parlament sammelten, ließe sich fortsetzen. Viele hatten sich seit 1933 aktiv an der Zerschlagung der CSR beteiligt, welche politischen Gegnern des NS-Regimes Asyl, politische Freiheit und würdige Lebensbedingungen gewährte.

So erschien im Verlag Graphia in Karlsbad eine Reihe antifaschistischer Publikationen – 1934 der erste authentische Bericht aus einem Konzentrationslager. Der Autor, Gerhart Seger von der SPD, war aus dem KZ Oranienburg geflüchtet. Bei der Graphia wurden Flugblätter und andere Schriften gedruckt, die für den Widerstand im Reich bestimmt waren und über die Grenze geschmuggelt wurden. Auf Initiative von Edvard Benes wurde Thomas und Heinrich Mann die Staatsbürgerschaft der CSR verliehen.

Die große Mehrheit der Sudetendeutschen verfolgten diese politischen Flüchtlinge mit absoluter Feindschaft. Auch wer sich als deutsch-tschechischer Sozialdemokrat, Kommunist, Mitglied der Bauernpartei nicht der „Heim-ins-Reich- Bewegung“ anschloss und sich loyal zur CSR verhielt, wurde früher oder später zum Opfer der Völkischen. Bereits vor dem Einmarsch waren über 25.000 Menschen vor dem Terror der sich formierenden sudetendeutschen Volksgemeinschaft geflohen.

Jüdische Einrichtungen wurden mit besonderem Hass attackiert. Nach dem Einmarsch lieferten die Henleinanhänger den Nazis Namen und Adressen der sogenannten „Reichsfeinde“. Die Mehrheit der antifaschistisch eingestellten Menschen im Grenzgebiet waren einfache Leute, Arbeiter, Angestellte, Bauern. Ein Beweis dafür, dass ihre Haltung in allen Schichten der deutschen Minderheit vertreten waren, ist in der Ausstellung „Vergessene Helden“ – die vor ca. fünf Jahren von der tschechischen Regierung angeregt wurde – dokumentiert:

◗ Z. B. Herta Sedlackova, aufgewachsen in einer kommunistischen Familie, landete wegen Hilfeleistungen für russische Flüchtlinge im Gefängnis der Gestapo.

◗ Joachim von Zedtwitz half in Prag einer Reihe von Menschen bei der Flucht. 1940 verhafteten ihn die Nazis wegen Hochverrats.

◗ Herbert Löwit, Gewerkschaftssekretär aus Liberec/Reichenberg, von Kindheit in der Sozialistischen Jugend aktiv, meldete sich nach seiner Flucht in England zur tschechoslowakischen Armee. Sein Sohn, bei den Falken und den Naturfreunden, schildert in dem Buch „Helden der Hoffnung“ von Alena Wagnerova (Aufbau Verlag) eindrücklich die Situation antifaschistisch eingestellter deutsch-sprachiger Bürger der CSR im Grenzgebiet.

◗ Raimund Graf setzte sich im Bund der Landwirte, bis dieser gleichgeschaltet wurde, für ein gutes Zusammenleben der deutschen und tschechischen Bevölkerung ein. Von den Henleinleuten wurde er als sog. Volksverräter gesucht und seine Familie drangsaliert.

Die Beispiele ließen sich fortsetzen, auch wenn sie nur eine Minderheit in der aufgehetzten Minderheit waren. Und da gab es die jüdischen Bürger der CSR, von denen sich nach 1919 viele als Deutsche hatten registrieren lassen: Erinnert sei an den Hotelbesitzer Gutmann aus Johannisberg. Er war einer von zwei Juden dieser Stadt, die den Holocaust überlebten. Schon vor der Besetzung durch die Wehrmacht fielen jüdische Geschäfte, Wohnungen und Synagogen dem deutschvölkischen Mob in den Grenzgebieten zum Opfer. Anhänger der SDP sorgten dafür, dass jüdische Studenten die Technische Universität in Prag verlassen mussten.

Fazit: Die Charta der Vertriebenen, die heute gefeiert wird, ist kein Ruhmesblatt in der europäischen Geschichte. Sie wurde nur fünf Jahre nach Ende des Krieges von zahlreichen Nazis und Profiteuren des Regimes unterschrieben und ist Ausdruck der Verleugnung und Verdrängung des Nationalsozialismus – gespickt mit Selbstmitleid über die verlorene Heimat. Man wollte „Heim ins Reich“ und das hat man letztlich auch bekommen – auch wenn das Reich dann Westzone, Bayern oder Baden-Württemberg hieß. ■

Aktion gegen Abschiebung am Düsseldorfer Flughafen

NRW. Am Düsseldorfer Flughafen demonstrierten am 2. September ca. 100 Menschen gegen die Abschiebung von Flüchtlingen. Der konkrete Anlass hierfür war der Abflug einer Charter-Maschine nach Belgrad, Serbien, mit der bis zu hundertfünfzig Menschen abgeschoben werden sollten. Nachdem die Sambaband „Rhythms of Resistance" um 11 Uhr trommelnd den Flughafen betrat, entrollten weitere Aktivistinnen und Aktivisten Transparente. Laut verkündeten sie ihre Forderungen: „Wer bleiben will soll bleiben! Stop deportation!". An die wartenden Passagiere und an Mitarbeiter_innen des Flughafens verteilten sie Flugblätter und kamen mit ihnen ins Gespräch.

Abschiebungen sind am Düsseldorfer Flughafen gängige Praxis. Mit der Aktion sollte darauf aufmerksam gemacht werden. Die Abschiebungen finden an einem nicht einsehbaren Nebengebäude statt, damit weder Angestellte noch Fluggäste etwas mitbekommen. Einer Konfrontation durch Proteste wird damit gezielt aus dem Weg gegangen. Nach einer Stunde verließen die Aktivisten und Aktivistinnen in Begleitung der Polizei das Flughafengebäude. *alle-bleiben-koeln@riseup.net* ■

Netzwerk Welcome To Europe dokumentiert Situation von Ort

Vom 27. August bis 11. September unternimmt das Netzwerk Welcome To Europe eine Rechercherreise nach Griechenland, um die Situation der dort ankommenden Flüchtlinge und MigrantInnen zu dokumentieren. Die Stationen der Reise sind die Evros Region nahe der türkisch/griechischen Landgrenze sowie die Inseln Samos und Lesbos.

Griechenland ist eine der wichtigsten Routen für die irreguläre Einwanderung nach Europa. Trotz massiver Kritik und erster Reformen ist die Situation der MigrantInnen dort immer noch katastrophal. Neuankömmlinge werden monatelang unter menschenunwürdigen Bedingungen inhaftiert. Illegale Rückführungen sind an der Tagesordnung und das marode Asylsystem bietet keine Chance auf ein faires Verfahren. Gleichzeitig schieben EU-Staaten wie Deutschland und Schweden gemäß der Dublin II-Verordnung weiter nach Griechenland ab, obwohl das Land mit der Aufnahme der Flüchtlinge völlig überfordert ist.

Seit letztem Herbst gibt es Ansätze einer Neuorientierung in der griechischen Asylpolitik. Es sollen eine eigenständige Asylbehörde sowie ein Netz moderner Haftanlagen geschaffen werden. In Samos steht das erste dieser Haftzentren, doch es zeichnet sich bereits ab, dass dort nicht ein verbesserter Flüchtlingsschutz im Vordergrund steht, sondern lediglich die Beschleunigung von Abschiebungen.



„Flüchtlinge berichten von den Praktiken der europäischen Grenzschutzagentur Frontex, die im dortigen Haftzentrum an der Identifizierung und Abschiebung der Gefangenen beteiligt ist. Wie uns berichtet wurde, werden Minderjährige zu Erwachsenen gemacht und Nationalitäten auf dem Papier geändert, um Asylsuchende schnellst möglich außer Landes bringen zu können. Dem möchten wir nachgehen", sagt Martina Mauer vom Netzwerk Welcome To Europe.

Auf Lesbos ist das berüchtigte Haftzentrum Paganí mangels alternativer Unterbringungsplätze immer noch nicht endgültig geschlossen. Durch ein Amateur-Video über die unhaltbaren Zustände dort im August 2009 wurde die Einrichtung europaweit bekannt.

Im letzen Jahr hat sich die Haupteinwanderungsroute von den Inseln in die Evros-Region im Norden Griechenlands verlagert – eine Folge des intensiven Einsatzes von Frontex in der Ägäis. Die Lage in der Region ist äußerst angespannt. Erst vor kurzem sind bei dem Versuch, den Evros zu überqueren, 16 MigrantInnen ertrunken.

Die Netzwerker werden an diese Brennpunkte der Einwanderung reisen und die Folgen der griechischen Flüchtlingspolitik und des Einsatzes von Frontex dokumentieren. Im Juni dieses Jahres war das Netzwerk bereits auf Recherchereise in Athen. Ein Bericht über die Situation der aus anderen EU-Staaten zurückgeschobenen Flüchtlinge soll in Kürze veröffentlicht werden.

Das Netzwerk Welcome to Europe hat sich 2009 als Ausdruck des zunehmenden Unbehagens über die europäische Flüchtlingspolitik gegründet. Es tritt ein für einen Politikwechsel in Europa hin zu einem respektvollen und gleichberechtigten Umgang mit den Menschen, die auf der Suche nach Sicherheit nach Europa kommen. *Quelle: Presseinformation vom 17. August 2010* ■

Abschiebung aus Northeim

NORTHEIM. Am 1. September 2010 ist der 26-jährige Naim Kosova, wohnhaft in Northeim, vom Frankfurter Flughafen über Ljubljana nach Pristina abgeschoben worden. Am 30. August wurde er von 15 Beamten aus seiner Wohnung gezerrt und in das Abschiebegefängnis Hannover-Langenhagen gebracht. Naims Familie gehört zur sog. Minderheit der Ashkali. 1994, er war gerade 9 Jahre alt, wurde sein Asylantrag, Asyl über die Eltern, abgelehnt. Seitdem besteht eine Aufforderung, auszureisen. Warum er gerade jetzt abgeschoben wird, ist nicht klar. Er sollte am 1. September eine Vollzeitstelle antreten. Seine Freundin ist hochschwanger und erwartet bald ein gemeinsames Kind. Ende September hatte er noch einen Gerichtstermin zur Erstreitung eines Aufenthaltes, am 27. August hatte er hierfür Prozesskostenhilfe beantragt.

Eilanträge des Anwaltes am 31. August vorm VG Göttingen und dem OVG Lüneburg wurden abgelehnt. Naim Kosova ist mittlerweile in Pristina. Die Familie wird jetzt versuchen, ihn über Anwälte wieder nach Deutschland zu bekommen.

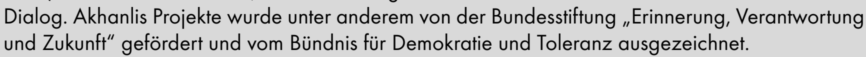
Naim Kosova wurde begleitet in den Kosovo abgeschoben. Für Naim Kosova kam die Abschiebung vollkommen überraschend, er war vollkommen unvorbereitet, konnte nichts mitnehmen. Allein die Tatsache, dass 15 Beamte ihn aus seiner Wohnung gezerrt haben, zeigt, dass mittlerweile mit aller Härte abgeschoben wird.

Quelle: AK Asyl Göttingen 1.9.2010 ■

Schriftsteller und Menschenrechtler Dogan Akhanli zu Unrecht in Haft

KÖLN. Am 10.8.2010 wurde der in der Türkei bekannte Schriftsteller Dogan Akhanli, deutscher Staatsbürger seit 2001, am Flughafen in Istanbul verhaftet und in die Haftanstalt Metris verbracht. Seit dem 20.8.2010 wird er in einer Haftanstalt in Tekirdag festgehalten. Akhanli ist zum ersten Mal seit seiner Flucht 1991 in die Türkei gekommen. Er wollte seinen kranken Vater besuchen.

Die türkische Staatsanwaltschaft wirft Akhanli vor, er sei im Oktober 1989 an einem Raubüberfall auf eine Istanbuler Wechselstube beteiligt gewesen, bei dem ein Mensch getötet wurde. Akhanli hat diesen Vorwurf und jegliche Verbindung zu dem Überfall entschieden zurückge-



Dogan Akhanli war nach dem Militärputsch von 1980 im Untergrund. 1985-1987 war er als politischer Häftling im Militärgefängnis von Istanbul inhaftiert und wurde dort gefoltert. Er floh 1991 nach Deutschland, wurde hier als politischer Flüchtling anerkannt und später von der Türkei ausgebürgert. Seit Mitte der 90er Jahre lebt er als Schriftsteller in Köln. Seitdem hat er sich in Romanen, Aufsätzen und Interviews und in Projekten in Deutschland immer wieder für den offenen Umgang mit historischer Gewalt und für die Unteilbarkeit der Menschenrechte eingesetzt
Schwerpunkt seines zivilgesellschaftlichen Engagements sind das Gedenken an die Genozide des 20. Jahrhunderts (unter Einschluss des Völkermords an den Armeniern) und der interkulturelle, auf Versöhnung orientierte Dialog. Akhanlis Projekte wurde unter anderem von der Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" gefördert und vom Bündnis für Demokratie und Toleranz ausgezeichnet.
Akhanlis Romane wurden zu den wichtigsten Roman-Veröffentlichungen in der Türkei gewählt (Madonna'nin Son Hayali, 2005). Er erhielt 2009 den Literaturpreis der Zeitung „„Hürriyet". Dogan Akhanli hat sich intensiv für die Aufklärung des Mordes an Hrant Dink eingesetzt und erinnert an die friedensstiftende Arbeit dieses Journalisten und Autoren.
Dogan Akhanli ist Mitarbeiter des gemeinnützigen Vereins „Recherche International". Der Verein befasst sich vorrangig mit der bildungsorientierten Aufarbeitung von genozidalen Gewalterfahrungen; der Verein ist u.a. Träger des Projekts „Die 3. Welt im 2. Weltkrieg" (www.3www2.de).

wiesen. Seine Anwälte, Haydar Erol (Istanbul) und Ilias Uyar (Köln) halten die von der Staatsanwaltschaft vorgelegten Beweismittel für völlig haltlos.

Inzwischen hat der Istanbuler Staatsanwalt Hüseyin Ayar den 2. Akt der Farce gegen Dogan Akhanli eröffnet. Er habe bei der 11. Strafkammer des Strafgerichts in Istanbul seine Anklage eingereicht und werde Akhanli des Raubüberfalls mit Todesfolge bezichtigen, erklärte er mündlich gegenüber der Verteidigung.

Zuvor hatte sich der Staatsanwalt geweigert, die von ihm bislang als Hauptbelastungszeugen angeführten Söhne des Opfers anzuhören. Die beiden Brüder waren in Begleitung ihres Anwaltes erschienen und wollten vor dem Staatsanwalt ausführlicher wiederholen, was sie schon am 13.8.2010 in einer Vernehmung bei der Polizei zu Protokoll gegeben hatten: Dass Dogan Akhanli bei dem fraglichen Überfall im Oktober 1989 auf die Wechselstube ihres Vaters nicht dabei gewesen sei. Mehr noch: dass sie ihre Aussage von 1992 nicht mehr aufrechterhalten würden. Damals habe ihnen die Polizei nahe gelegt, Akhanli zu beschuldigen. Noch nicht einmal ein Foto des Genannten sei ihnen vorgelegt worden. Staatsanwalt Ayar weigerte sich, die Zeugen anzuhören. Die Anklageschrift sei bereits ans Gericht unterwegs.

Die Zeugen haben daraufhin ihre Aussagen schriftlich formuliert und über ihren Anwalt zu den Prozessakten geben lassen. Spätestens jetzt muss die Strafverfolgung von Dogan Akhanlis ohne jedes Indiz auskommen.

Das Gericht hat nach Erhalt der Klageschrift 14 Tage Zeit zu entscheiden, ob es das Verfahren eröffnet oder der Farce ein Ende bereitet. Sollte das Verfahren beginnen, wird es sicherlich internationale Beachtung finden – innerhalb und außerhalb des Gerichtssaales.

Schon jetzt fordern zahlreiche Autoren, Menschenrechtler, Politiker und Vereinigungen, Dogan Akhanli solle umgehend freigelassen werden, darunter der türkische Autor Murat Uyurkulak, P.E.N. Deutschland, Literaturhaus Köln, Pinar



Edgar Hilsenrath in der Türkischen Botschaft

Selek, Prof. Dr. Norbert Mecklenburg, Prof. Dr. Zehra Ipsiroglu, Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE), Claudia Roth (MdB Die Grünen). Der Schriftsteller und Freund Dogan Akhanlis, Edgar Hilsenrath, überreichte persönlich in der Türkischen Botschaft in Berlin eine Protestnote.

Noch kann verhindert werden, dass ein Verfahren eröffnet wird. Wer Möglichkeiten sieht – als Organisation, als Einzelne, als Prominente, als Autor, als Künstler – sich zu äußern, sollte das jetzt tun. Adressaten der Forderung nach sofortiger Freilassung von Dogan sind das türkische Generalkonsulat in Köln (wahlweise die türkische Botschaft in Berlin) und das Auswärtige Amt in Berlin. Das türkische Justizministerium sollte nur direkt anschreiben, wer der türkischen Sprache mächtig ist.

Hier die Adressen für Proteste:
Auswärtiges Amt Berlin, Pressereferat: 030.5000.2056; buergerservice@diplo.de
Türkisches Generalkonsulat in Köln: Tel. 02233.78 091.97 41 80; Fax : 02233.75 572; E-mail: turk.genkon.koeln@t-online.de
Türkische Botschaft in Berlin: Tel: +49 30 27-5850; Fax: +49 30 27-590915 E-Mail: info@tuerkischebotschaft.de
Justizministerium der Republik Türkei in Ankara: Tel. 0090.312.218.78 01; Fax: 0090.312.219.45 23; E-mail: uhdigm@adalet.gov.tr

Spenden:
Zur Finanzierung von Akhanlis Verteidigung werden Spenden auf das Konto Recherche International, Kontonr. 238 120 43; Sparkasse Köln, BLZ 370 501 98, Stichwort Dogan Akhanli erbeten

Neueste Infos auf:
http://www.das-kulturforum.de/

recherche international e.V.
rechercheinternational2000@yahoo.de ■

Auswirkungen der Residenzpflicht

Die Bundesregierung hat am 22. Juli 2010 eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Die Linke zu „Auswirkungen der Residenzpflicht für Asylsuchende und Geduldete" beantwortet (BT-Drucksachen 17 / 1911 und 17 / 2261). In ihren Vorbemerkungen zählt die Bundesregierung alte Argumente auf, die angeblich die Notwendigkeit der räumlichen Beschränkung des Aufenthaltes begründen, so etwa eine gleichmäßige Verteilung der mit der Aufnahme verbundenen Aufgaben und Belastungen für Länder und Kommunen zu gewährleisten. Ebenfalls aus dem historischen Schattenreich der Argumente: die jederzeitige Erreichbarkeit der Asylbewerber für eine beschleunigte Durchführung der Asylverfahren. Beides wäre auch mit einer Verpflichtung zur Wohnsitznahme und der Existenz eines Briefkastens zu gewährleisten. Die Schikane war und ist politisch gewollt. Eine beträchtliche Anzahl von Menschen unterliegen den räumlichen Beschränkungen, nämlich solche mit Aufenthaltsgestattung (38.934) und mit Duldung (87.222). Unterschiede in der Ausgestaltung der Regelung zur räumlichen Beschränkung, so die faktischen Residenzpflichtzonen, gehörten zum föderalen System und seien den historisch gewachsenen Unterschieden zwischen den Ländern geschuldet, weshalb die Bundesregierung hiervon nichts wisse und schon gar nicht kommentiere. Die Residenzpflichtregelung trägt zwar beträchtlich zur Kriminalisierung bei, jedoch kann die Bundesregierung hier auch nichts Genaues sagen, denn Zuwiderhandlungen gegen die räumliche Beschränkung werden nicht gesondert ausgewiesen. Auch die Verurteilungsstatistik gibt nicht allzu viel her, weil sie nur allgemein Verstöße gegen das Asylverfahrensgesetz kennt. Hierfür wurden 655 Personen im Jahre 2008 verurteilt, während neuere Angaben nicht vorliegen.

Quelle: Pro Asyl Newsletter 16.8.2010 ■

Sarkozys „Krieg“ gegen das Nichtfranzösische und besonders gegen Roma:

Frankreichs reaktionärste Regierung seit 1944 in Aktion (Teil 1)

Frankreichs „nationaler Krieg gegen die Kriminalität“ mitsamt Roma-Abschiebepolitik eskaliert. Aber auch die inländische und internationale Kritik daran nimmt massiv zu. Ein angekündigter Regierungsentwurf für die Ausbürgerung „französischer Straftäter ausländischer Herkunft“ wurde inzwischen vorgelegt. Am Samstag, den 4. September protestierten Bürgerrechtler/innen, Gewerkschafter, Antirassismus- und Menschenrechtsvereinigungen gegen den französischen Staatsrassismus und Sarkozys „Sicherheits“offensive seit Ende Juli. Rund 100.000 Menschen demonstrierten in 147 französischen Städten

An diesem Wochenbeginn ist für Kinder und Jugendliche in ganz Frankreich Unterrichtsanfang: Am vergangenen Donnerstag, den 2. September fanden die Einführungsveranstaltungen statt. Und am Montag und Dienstag dieser Woche sollte der Lehrplan beginnen. Auch wenn der Schuljahresanfang gleich zu Anfang von einem mehrtägigen und stark befolgten Streik des Lehrpersonals, unter anderem gegen die Rentenreform, am 6. und 7. September markiert ist. Aber noch aus anderen Gründen hatten die ersten Schultage im Pariser Vorort Choisy-le-Roi, der südlich der Hauptstadt in der Einflugschneise des Flughafens Orly liegt, einen besonderen Touch.

So wird eine Turnhalle, die normalerweise von rund 700 Grundschülern genutzt wird, in absehbarer Zeit nicht zugänglich sein. In ihr sind seit Mitte August, mit Zustimmung des KP-geführten Rathauses, siebzig zuvor aus der Umgebung der Stadt polizeilich vertriebene Roma untergebracht. Unter ihnen sind 23 Kinder, im Alter von acht Tagen bis zehn Jahren. Aus diesem Grund werden mehrere Grundschulen der Stadt zugleich neue Mitschüler haben. Das Rathaus hat beschlossen, für jene Romakinder, die schlecht Französisch sprechen, anfänglich gesonderte Förderklassen einzurichten.

Die Rechnung dafür wird sie direkt an Bildungsminister und Regierungssprecher Luc Chatel schicken, wie KP-Bürgermeister Daniel Davisse am 29. August erklärte. Zu dem Zeitpunkt sprach er als einer der Redner auf einer Unterstützungskundgebung für die Roma am Eingang der Turnhalle. Dass die Schulkinder vorübergehend keine Turnhalle haben werden und dass die ökonomisch schwache Stadt nun diese Menschen, die durch die Staatsmacht anderswo vertrieben wurden, kurzfristig und ohne Vorwarnung aufnehmen musste, sorgt im Rathaus nicht für Freudenschreie. „Aber wir hatten keine Wahl, wir konnten diese Menschen nicht einfach sitzen lassen“, betonen sowohl der Bürgermeister als auch Vertreter der KP und der örtlichen Sozialdemokratie, die mit regiert, auf der Kundgebung. Dort traten auch Angehörige von Menschenrechtsorganisationen, der als progressiv geltende und vom Vatikan geschasste Ex-Bischof Jacques Gaillot oder der radikal linken Partei NPA auf. Die Stadtverwaltung bringt den Menschen in der Turnhalle täglich Kaffee und Essen und sorgt dafür, dass die Kinder Zugang zu Spielen haben.



Im Morgengrauen des 12. August räumten starke Polizeikräfte das Wohnwagencamp, in dem die überwiegend aus Rumänien stammenden Roma zuvor außerhalb der Stadt lebten. Sie wurden vor die Wahl gestellt: entweder die angeblich „freiwillige“ sofortige Ausreise nach Rumänien, oder die Zerstörung ihres Hab und Guts ohne alternative Unterkunftsmöglichkeit. Da die Menschen sich weigerten, einer „freiwilligen“ sofortigen Ausreise zuzustimmen, wurden ihre Wohnwagen durch Bulldozer zerquetscht und ihre darin befindlichen persönlichen Gegenstände beschlagnahmt. Die Betroffenen „saßen buchstäblich auf dem Asphalt, ohne alles, als wir hinzukamen“, schildert der Franzose Michel von der Solidaritätsvereinigung RomEurope. „Ein Baby hatte 42 Grad Fieber, und wenn wir die Leute nicht rechtzeitig gefunden hätten, dann wäre es zu spät gewesen“. Andernorts hingegen irren noch aus ihren Camps vertriebene Roma in den Wäldern herum und ziehen sich, aus Furcht vor der Polizei, in entlegene Waldgebiete (etwa an den Rändern des Großraums Paris) zurück. Das fördert natürlich weder Kontaktmöglichkeiten zu ihnen noch ihre Chancen auf ärztliche Versorgung oder darauf, durch Erwerbstätigkeit ihr Brot zu verdienen.

Die Notlage wurde im Falle von Choisy-le-Roi durch die Verantwortlichen schnell erkannt. Unterstützergruppen, die politischen Parteien der links regierten Stadt und die Verwaltung einigten sich auf die schnelle Unterbringung in der Turnhalle. Dort sind an den Seitenwänden ungefähr zwei Dutzend Matratzen aufgereiht. An der Stirnseite steht ein Tisch mit Tellern und Kochtöpfen, einige Leute essen Hühnchen. Kinder spielen in der Mitte Seilhüpfen. Carola ist eine der Frauen, die vorübergehend hier leben. Mit ihrem Mann und ihren vier Kindern schläft die ganze Familie im Kasten des Fußballtors in der Turnhalle, unter dem zwei Matratzen mit Decken aneinander liegen. „In meinem Wohnwagen war es besser, aber wir hatten keine Wahl“. Seit acht Jahren lebt sie in Frankreich, ständig im Großraum Paris. Wegen ihrer vier Kinder kann sie nicht erwerbstätig sein, „aber manchmal erhalten wir durch Betteln ein bisschen Geld“, erzählt sie. Ihr Mann lebt als Blumenverkäufer: Er kauft die Pflanzen bei Großhändlern ein und bietet sie auf Märkten zum individuellen Verkauf an. Andere Männer der Gruppe leben oft vom Musikmachen, und sie führen den Teilnehmern der Solidaritätskundgebung am Sonntag Abend auch etwas von ihrer Kunst vor. Nach Rumänien zurück, das möchte niemand von ihnen, meint Carola: „Auf keinen Fall! In Rumänien gibt es gar nichts für Roma: keine Schule, keine Arbeit, keine Wohnung und wenn ich mit einem kranken Kind ins Krankenhaus gehe, dann wird es nicht behandelt. Außer, wenn ich zuerst viel Geld bezahlen könnte.“ „Frankreich ist besser“, meinen sie unisono: „Schwierig, aber besser.“ Was erwarten sie von ihrem künftigen Leben? „Eine Arbeit, eine Wohnung – so, wie die Franzosen leben –, Schule für die Kinder, eine bessere Zukunft.“ Die Gruppe von 70 Leuten weist untereinander überwiegend keine familiären Bindungen auf: „Nein nein, wir sind nicht miteinander verwandt“, meint Carola, „wir haben uns hier in Frankreich getroffen“. Bis hierher bot das Leben in der Gruppe besseren Schutz.

Nicht überall freilich läuft es derart gut für die von Zwangsräumung und Ausweisung Bedrohten ab. Auch in der Pariser Vorstadt Fleury – frankreichweit bekannt vor allem für ihre riesige Haftanstalt – fand am Samstag eine Solidaritätskundgebung für Roma statt. Auf ihr forderte etwa der frühere KP-Bürgermeister der Stadt, Michel Humbert, den Erhalt zweier Roma-Camps in der Umgebung. Doch der aktuelle sozialistische Rathauschef, Daniel Derrouert, will ihre Räumung.

Demonstrationen in ganz Frankreich gegen „Sicherheits“-Delirium

Am vergangenen Samstag, den 4. September fanden in ganz Frankreich Demonstra-

tionen gegen das repressive Delirium, das Nicolas Sarkozy seit einer Tagung im Elysée-Palast am 28. Juli sowie seiner Brandrede in Grenoble vom 30. Juli 2010 ausrief, statt. Laut einer Zählung des Bündnisses UCIJ („Vereint gegen eine Wegwerf-Einwanderung“) fanden in insgesamt 147 größeren und kleineren Städten Protestzüge statt. Zu den Teilnehmerzahlen variieren, wie üblich, die Angaben: Das französische Innenministerium gibt sie insgesamt mit 77.300 frankreichweit an, davon 12.000 Demonstrierende in Paris. Die Veranstalter sprachen am Samstag am Spätnachmittag von über 100.000 Teilnehmer/inne/n, davon gut 50.000 in Paris. Seitdem präzisierte die Liga für Menschenrechte (LDH), sie habe rund 116.000 Teilnehmer/innen gezählt. Das Bündnis UCIJ seinerseits kam auf 145.000, wobei es weitere kleinere Städte mitgezählt hat, die in der ersten Aufstellung nicht berücksichtigt worden waren. Nur aus sechs französischen Verwaltungsbezirken (von 100) wurden keine Demonstrationen bekannt. Erstmals seit längerem rief dabei auch die sozialdemokratische Opposition zur Teilnahme auf. Ebenso wie zahlreiche NGOs, Antirassismus- und Menschenrechtsvereinigungen, Linkskräfte sowie die Gewerkschaftsdachverbände CGT und CFDT.

An der Spitze der Pariser Demonstration, die am Samstag um 14 Uhr begann, sollten symbolisch die Romafamilien aus Choisy-le-Roi und ihre dortigen Unterstützer/innen laufen. Anwesende Cafegäste auf einer Straßenterrasse an einem der Boulevards applaudierten vorbeiziehenden Gruppen von Roma – die solchen Beifall absolut nicht gewohnt sein dürften, gewöhnlich haben sie auch in Frankreich keine gute Presse. Seit Menschengedenken in Frankreich ansässige Sinti und Roma wie die Betreiber des „Zirkus Romanes“ marschierten vorneweg, zusammen mit den eher relativ etablierten „Landfahrer“verbänden und in größter Prekarität lebenden Neueinwanderern aus Südosteuropa.

Allerdings hatte die Demonstration in der Realität keine wirkliche Spitze: Am frühen Nachmittag liefen unzählige kleine Demonstrantengruppe von sich aus, auf relativ ungeordnete Weise, los. 15 bis 20 Minuten lang plätscherte die Demo in ziemlich aufgelockerter Form vor sich hin, bevor im Anschluss die strukturierten Demoblöcke: die Roma und „Landfahrer“verbände, dann die Kollektive der Sans papiers („illegalisierten“ Einwanderer), die Antirassismus- und Bürgerrechtsvereinigungen, dann die Gewerkschaften (einige hundert Anhänger/innen bei der CFDT, ein paar tausend bei der CGT), dann die politischen Parteien von der radikalen Linken bis zum Parti Socialiste. Zum Teil liefen die verschiedenen Kräfte auch ungewöhnlich bunt durcheinander: ein Stück der Kommunistischen Partei mitten in der sozialdemokratischen Gewerkschaft CFDT, ein bisschen SUD (linke Basisgewerkschaften) mitten im Block der CGT…

Diese anfängliche Unstrukturiertheit deutet darauf hin, dass ein hoher Anteil von Unorganisierten sich unter den Demonstrierenden befanden - prinzipiell ein positives Zeichen. Es handelt sich um die zahlenmäßig stärkste Mobilisierung zu einem antirassistischen Thema seit dem Februar 1997. Damals hatten in Paris weit über 100.000 Menschen gegen das seinerzeit in Verabschiedung befindliche verschärfte Ausländergesetz, die ‚Loi Debré’, demonstriert. Voraus ging damals eine mehrwöchige „Warmlaufphase“ mit massenhaft unterstützten Petitionen gegen das Gesetz. In diesem Jahr erfolgte die Mobilisierung zur Demo unmittelbar nach der Sommerpause; und kurz vor einer aller Voraussicht nach riesig ausfallenden Mobilisierung am Dienstag (7. September) gegen die „Rentenreform“ – bei sozialpolitischen Fragen, die unmittelbar die „materielle Verteilungsgerechtigkeit“ berühren, fällt die Mobilisierung erfahrungsgemäß quantitativ weit stärker aus.

Regierungspolitiker wie Innenminister Brice Hortefeux und sein Kollege im Einwanderungsressort, Eric Besson, zeigten sich jedoch von den Demonstrationen unbeeindruckt. Hortefeux erklärte, es seien „nur einige zehntausend Teilnehmer“ gewesen, und „die Veranstalter müss(t)en wohl enttäuscht sein“. Dies ist zwar Unfug, belegt aber, dass die Regierenden zum Weitermachen wie bisher entschlossen sind.

Sarkozy 2002 - Sarkozy 2010: Höher, schneller, härter

„Es gibt eine klare Verschärfung in der Regierungspolitik“, meint Bürgermeister Daniel Davisse. „Als Nicolas Sarkozy 2002 Innenminister wurde, bestand seine erste Amtshandlung darin, ein Camp von Roma hier in Choisy-le-Roi medienwirksam räumen zu lassen. Es handelte sich damals um 200 bis 300 Leute. Nur, damals wurden die Leute wenigstens nicht einfach auf die Straße geworfen, sondern es wurden ihnen Plätze in sozialen Notunterbringungseinrichtungen gegeben. Jetzt aber ist man dazu übergegangen, die Menschen einfach ohne alles auf dem rohen Asphalt sitzen zu lassen.“

Seitdem Nicolas Sarkozy am 28. Juli 2010 einen Gipfel im Elyséepalast abhielt, um auf Zusammenstöße zwischen französischen „Landfahrern“ und Gendarmen im zentralfranzösischen Saint-Aignan zu reagieren, und seitdem er zwei Tage später in Grenoble einen „nationalen Krieg gegen die Kriminalität“ ausrief, stehen vor allem die Roma im Visier. Insgesamt leben zwischen 9.000 und 15.000 Roma, überwiegend (zu 85 %) aus Rumänien und Bulgarien – also EU-Ländern – zuzüglich der Länder des früheren Jugoslawien, in Frankreich. Das sind erheblich weniger als in Deutschland oder Italien. Über 800 von ihnen wurden im Laufe des August nach Rumänien und Bulgarien ausgewiesen, wobei im Falle eines Abschiebeflugs nach Sofia ein Missgeschick unterlief: Die Ausgeflogenen waren überhaupt keine Roma, sondern bulgarische Türken (Pomaken), Angehörige einer anderen Minderheit. Am Ende der ersten Augustwoche hatte Innenminister Brice Hortefeux vermeldet, bis dahin seien 40 Camps von Roma polizeilich geräumt worden; am Freitag, den 13. August waren es ihrer 51. Inzwischen wurde vermeldet, es seien insgesamt 128 Camps geräumt worden, und knapp 1000 Personen seien ausgewiesen worden.

Laut offizieller Lesart reiste die überwiegende Mehrzahl von ihnen jedoch angeblich „freiwillig“ aus. So lautet jedenfalls die juristische Fiktion, denn EU-Bürger/innen zwangsweise auszuweisen, ist ansonsten rechtlich vergleichsweise kompliziert. Den durch die Regierung gezogenen, angeblichen Zusammenhang dieser Abschiebungen zu Kriminalität und „Unsicherheit“ belegt schlichtweg nichts. Am Abend des 29. August meldeten die Internetseiten von ‚Le Monde’ und ‚Le Nouvel Observateur‘, „kein einziger“ der jetzt nach Rumänien Ausgewiesenen sei zuvor als straffällig polizeilich gemeldet gewesen. Das rumänische Innenministerium in Bukarest präzisiert, dies sei ausweislich der persönlichen Daten weder bei der französischen noch bei der rumänischen Polizei der Fall.

Sogar der Rechtsextreme Jean-Marie Le Pen befand am selben 29. August (beinahe), dass man hier auf Schwächeren herumtrampele. Zwar findet natürlich auch er, dass die Roma aus Südosteuropa keinen Platz in Frankreich hätten, und beklagt die europäischen Freizügigkeitsregeln als ursächlich für „das Problem“. Dennoch spöttelte er über die Regierungspolitik, sie könne sich nur an leichten Gegnern beweisen: „Die Roma schießen nicht auf Polizisten, und sie zetteln auch keine Unruhen an, wenn sie abgeschoben werden sollen.“ Und er zog eine, ausgesprochen schiefe, Parallele: In den Autofahrern (als angeblicher „Melkkuh der Nation“) und den Roma habe die Regierung einfache Gegner gefunden. Le Pen ging es dabei vornehmlich darum, andere Gruppen von Einwanderern oder Franzosen mit Migrationshintergrund stärker ins Visier zu nehmen, dennoch ist symptomatisch, dass selbst er die Roma für ungefährlich erklärt.

Diese Politik hat zu heftigen Protesten im Inland wie auf internationaler Ebene geführt. Auch wenn Innenminister Brice Hortefeux Mitte August 10 noch gegenüber ‚Le Monde’ höhnte, hier protestiere nur ein ganz „kleines Milieu von Politaktivisten und Medienleuten“, das sei die gutmenschelnde „ Linke der Milliardäre“, so hat die Opposition gegen diese Politik doch längst überraschend breite Kreise gezogen. Auch in das katholische Milieu hinein und selbst bis in den gemäßigten Teil des bürgerlichen Lagers.

Bernhard Schmid, Paris ■

„Mir aber zerriss es das Herz!"

„Wir haben die Vernichtung des Eigentums erlebt, zu diesem Zweck hatte man im Sommer die Geschäfte bezeichnet. Geht man dazu über, die Menschen zu bezeichnen – so liegt ein Schluss nah, den ich nicht weiter präzisieren möchte. Und niemand wird behaupten wollen, dass diese Befehle nicht ebenso prompt, ebenso gewissenlos und stur, ebenso böse und sadistisch ausgeführt würden wie die jetzigen."

Diese fast prophetisch anmutenden Worte schrieb die Berliner Studienrätin Elisabeth Schmitz am 14. November 1938, nur wenige Tage nach der Reichspogromnacht, an Pastor Helmut Gollwitzer. Elisabeth Schmitz? Kaum jemand, außer einem kleinen Kreis von Forschern zum kirchlichen Widerstand, ist dieser Name geläufig. Dass sich das erfreulicher Weise zu ändern beginnt, verdanken wir den Forschungen des Berliner Historikers Manfred Gailus, der soeben die erste Biographie dieser mutigen und standhaften Frau veröffentlicht hat.

Aufgewachsen im bildungsbürgerlichen Milieu der hessischen Kleinstadt Hanau, an der Berliner Universität in Neuerer Geschichte promoviert und anschließend als Gymnasiallehrerin tätig, war es ihr nicht in die Wiege gelegt worden, später zu der allzu kleinen Schar evangelischer Widerstandskämpfer zu gehören, die nicht bereit waren, Kompromisse mit der faschistischen Diktatur einzugehen. Nach der Reichspogromnacht quittiert sie den Schuldienst, wobei ihre Begründungen in einem Schreiben an die zuständige Schulbehörde an Deutlichkeit nicht zu wünschen übrig lassen. Verfolgten Juden leistet sie vielfältige Hilfe, nicht zuletzt durch die Gewährung von Obdach in ihrer Wohnung und in ihrem Sommerhäuschen im brandenburgischen Wandlitz. Vor allem leidet sie fast physisch an der skandalösen, von allerlei Kompromissen geprägten Haltung der Bekennenden Kirche gegenüber den Judenverfolgungen.

In einer großen Denkschrift vom September 1935, die sie im darauffolgenden Jahr ergänzte und in 200 Exemplaren an kirchliche Amtsträger übermittelte, schildert sie anhand öffentlich zugänglicher Quellen und aus eigenem Erleben die Not der verfolgten Juden. Das Echo ihrer Kirche bleibt aus.

Elisabeth Schmitz hatte es auch nach 1945 nicht leicht. In ihrer Heimatstadt Hanau, in der sie wieder als Studienrätin tätig wurde, ist sie innerhalb des Lehrerkollegiums isoliert, in dem ehemalige Nazis den Ton angeben. Und während prominente Altnazis hohe und höchste Positionen in Staat und Gesellschaft erklimmen konnten, dauerte es bis 1956, ehe sie nach langen Auseinandersetzungen für ihre in der Nazizeit durch die Pensionierung erlittenen finanziellen Verluste einen „Ausgleich" in Höhe von 1.400 DM erhielt. Zur Erinnerung: 1956 war Hans Maria Globke, der Kommentator der Nürnberger „Rassengesetze", bereits drei Jahre lang als Staatssekretär im Bundeskanzleramt tätig.

Diejenigen in der Kirche, die von ihrem mutigen Engagement wussten, taten nichts, um sie und ihr mutiges Handeln zu Lebzeiten bzw. nach ihrem Tod im September 1977 der Öffentlichkeit ins Gedächtnis zu rufen. Erst 2005 wurde auf ihrem Grab ein Gedenkstein errichtet. Insofern erzählt die lesenswerte Biographie der Elisabeth Schmitz auch Erhellendes über bundesdeutsche Zustände.

R. Zilkenat

Manfred Gailus, „Mir aber zerriss es das Herz". Der stille Widerstand der Elisabeth Schmitz, Verlag Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen 2010, 320 Seiten, 24,90 Euro.

Entwurzelt

Mit 39 Jahren starb die russisch-jüdische Schriftstellerin Irène Némirowsky Mitte August 1943 in Auschwitz-Birkenau an Typhus. Sechzig Jahre nach ihrem Tode erschien ihr Romanfragment „Suite française", gespickt mit einer Fülle biographischer Einzelheiten über ihre Kindheit in Kiew. Die Wintermonate verbrachte die Familie in französischen Kurorten wie Vichy, Vittel oder Biarritz, Irène blieb weitgehend sich selbst und der Betreuung durch ein französisches Kindermädchen überlassen, das sie mit 13 verlor. Daher wohl ihre Sehnsucht nach dem Vater, der wegen häufiger Geschäftsreisen für sie nur selten greifbar war, ihr Hass auf die Mutter, die stets auf der Suche nach neuen Liebhabern war. Die Eltern kamen aus Sewastopol, die Mutter entstammte einer großbürgerlichen Familie, der Vater Leonid war ein Emporkömmling, der sein Geld mit Aktienspekulationen und Bankgeschäften machte. Die Oktoberrevolution beendete diese Welt, über Finnland und Schweden floh die Familie unter Mitnahme einiger Reichtümer nach Paris. Iréne schrieb sich 1921 an der Sorbonne für das Studium russischer Literatur ein. Mit 14 begann sie zu schreiben, Französisch beherrschte sie von klein auf fließender als Russisch. Ihre erste Erzählung erschien 1924 sehr stark gekürzt in Le Matin. Skizzen und Erzählungen spiegeln die untergehende zaristische Welt Russlands wider und das großspurige Leben in den mondänen Kurorten im Exil.

Der Durchbruch erfolgte 1930 mit dem Roman „David Goulder", in dem sie die Zeit der Pogrome in Russland und die Entwurzelung einer jüdischen Familie verarbeitete. Ihre Romanfiguren David und Gloria treibt nicht die Geldgier, sondern die bedrohliche Erinnerung an ihr Elend, macht sie zu Spekulanten, Machtmenschen und Spielern. Irène Némirowskys hat ihre Figuren vorab bis ins Einzelne in Skizzenheften beschrieben, Themen und dargestellte Personen wurden später im Romanwerk ausgearbeitet. Neun Romane, eine Biographie und 28 Novellen hinterließ Irène Némirowsky. Vor dem Zweiten Weltkrieg und der deutschen Besatzung floh sie mit ihrem Mann Michel Epstein, einem jüdischen Bankier, und ihren Töchtern Denise und Babet in die französische Provinz, nach Issy-l'Evêque in Burgund.

Trotz Übertritt zum Katholizismus, Bemühungen um die französischen Staatsbürgerschaft, Publikation bei antisemitischen Verlagen, antibolschewistischen Aussagen, war die ganze Familie gezwungen, den Judenstern tragen. Dem Publikationsverbot für jüdische Autoren bemühte sie sich durch Veröffentlichungen unter einem Decknamen zu entgehen. Auf verschlungenen Wegen und nach monatelangem Drängen wagte ihr Herausgeber Sabatier im April 1942 den Weg nach Issy-l' Evêque.

Kurze Zeit später kamen die Judendeportationen nach Auschwitz in Gang, unterstützt wurde die deutsche Besatzung beim Registrieren, Sammeln und Abtransport über die Durchgangslager Le Pithivier und Drancy durch die französische Polizei. Von Nachbarn denunziert, wurde Irène Némirowsky mit dem 6. Transport nach Auschwitz-Birkenau gebracht. Ein verzweifelter Appell ihres Ehemanns Michel Epstein an Marschall Pétain endete mit seiner eigenen Verhaftung und Abtransport. Mit Hilfe eines deutschen Offiziers gelang es ihm in letzter Minute, den beiden Töchter den Koffer mit den Manuskripten in die Hand zu drücken und sie nach Ermahnung, ihn nicht aus der Hand zu geben, zur Flucht anzuspornen.

Raimund Gaebelein ■
entnommen „Bremer Antifaschist" 9-2010

Olivier Philipponnat/Patrick Lienhardt, Irène Némirowsky - Die Biographie, 575 Seiten, 29,95 Euro, Knaus Verlag 2010, ISBN 978-3-8135-0341-8

Vorankündigung: Rechte Diskurspiraterien – DISSkursiv

In den letzten Jahren ist ein verstärktes Bemühen auf Seiten der extremen Rechten zu beobachten, Themen, politische Strategien, Aktionsformen und ästhetische Ausdrucksmittel linker Bewegun-

gen zu adaptieren und für ihren Kampf um die kulturelle Hegemonie zu nutzen. Dabei handelt es sich keineswegs mehr nur um ein Steckenpferd der intellektuellen Neuen Rechten, vielmehr wird dies auch von NPD und militanten Neonazis praktiziert. Im Resultat hat sich die extreme Rechte eine Bandbreite kultureller und ästhetischer Ausdrucksformen angeeignet, indem sie sich am verhassten ‚Vorbild' der Linken abgearbeitet hat. Man könnte auch sagen: Um überzeugender zu wirken, hat sie kulturelle Praktiken und Politikformen der Linken ‚entwendet' – allerdings nicht, ohne sie mit den eigenen Traditionen zu vermitteln.

Solche Phänomene sind keineswegs neu. Auch der Nationalsozialismus bediente sich der Codes und Ästhetiken politischer Gegner und suchte Deutungskämpfe gerade verstärkt in die Themenfelder zu tragen, die als traditionell links besetzt galten. Auch in den 1970er Jahren waren solche Strategien vorhanden. Es stellt sich die Frage, warum und in welcher Form diese Diskurspiraterien heute wieder verstärkt auftreten.

Regina Wamper / Helmut Kellershohn / Martin Dietzsch (Hg.) Rechte Diskurspiraterien. Strategien der Aneignung linker Codes, Symbole und Aktionsformen. Edition DISS Bd. 28, 287 Seiten, ca. 20 EUR, Unrast-Verlag, Münster, erscheint im Herbst 2010, ISBN 978–3-89771–757–2. Vorbestellungen beim Unrast-Verlag unter: http://www.unrast-verlag.de/unrast,2,365,16.html

http://www.disskursiv.de/2010/08/25/vorankundigung-rechte-diskurspiraterien-2/ ■

Berliner Zustände 2009 – neuer Schattenbericht erschienen

Bereits zum vierten Mal gibt das Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum (apabiz) gemeinsam mit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) die „Berliner Zustände" heraus. In der diesjährigen Ausgabe beleuchten sechs Berliner Projekte und Autor/innen rechtsextreme, antimuslimische und andere rassistische Phänomene in Berlin, die eine kontinuierliche gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung notwendig machen.



Mit dem jährlich erscheinenden Schattenbericht geben die beteiligten Berliner Projekte Einblicke in die wesentlichen Aspekte und Diskurse ihrer Arbeit und analysieren, alternativ zu staatlichen und medialen Perspektiven, relevante Entwicklungen und Tendenzen des vergangenen Jahres. Damit soll ein Beitrag zu einer kontinuierlichen qualitativen Weiterentwicklung zivilgesellschaftlicher und lokaler Handlungsstrategien geleistet werden.

Trotz der strukturellen und inhaltlichen Schwäche der extremen Rechten in Berlin waren im Jahr 2009 erneut eine Vielzahl gewalttätiger Aktionen zu beobachten. Darüber hinaus ist deutlich geworden, welche wesentlichen Funktionen personelle Zusammenschlüsse – wie die durch den Berliner Senat verbotene Kameradschaft „Frontbann 24" – und rechtsextreme Szenetreffpunkte wie die Kneipe „Zum Henker" für eine zunehmende Dynamik von Anfeindungen und Bedrohungen politischer Gegner/innen durch rechtsextreme Aktivist/innen haben.

Mit der diesjährigen Schwerpunktsetzung auf das Phänomen des antimuslimischen Rassismus, das häufig auch als „Islamophobie" bezeichnet wird, möchten wir einen Beitrag zu einer differenzierten Auseinandersetzung mit dem Thema leisten. Trotz der offensichtlichen Bedeutung dieses Phänomens für die „Migrations-Hauptstadt" Berlin gibt es hierzu nach wie vor nur wenige Expertisen aus den Projekten und Initiativen. Im Alltag der beratenden und dokumentierenden Initiativen in Berlin zeigt sich die Bedeutung des antimuslimischen Rassismus vor allem in Form öffentlicher rassistischer Diskurse, in Diskriminierungen und Angriffen, aber auch in immer konkreteren Politikangeboten für Islamfeinde jeglicher Couleur. Weitere Artikel beschreiben wesentliche Ereignisse, die die Arbeit und das Engagement von Initiativen und Projekten im Jahr 2009 geprägt haben: die Krise des Berliner Landesverbandes der NPD, der „Bordsteinkick-Prozess" nach einem schweren rechtsextremen Angriff am S-Bahnhof Frankfurter Allee im Juli 2009 und die nach wie vor hohen Zahlen rassistischer Angriffe und Bedrohungen in Berlin.

Der Schattenbericht 2009 steht als PDF-Datei zum Herunterladen zur Verfügung unter:
http://www.apabiz.de/publikation/broschueren/index.htm und http://www.mbr-berlin.de/Materialien ■

Abendveranstaltungen am 29.9. in Düsseldorf und 30.9. in Bielefeld:

„Hope not hate" – Beispiel einer erfolgreichen antifaschistischen Kampagne in Großbritannien. Referent: Graeme Atkinson.

Nachdem die extrem rechte „British National Party" 2009 mit 16,5 Prozent ins Europaparlament eingezogen war, drohte bei den Unterhaus-Wahlen im Mai 2010 ein weiterer Erfolg dieser Partei. Ihr wurde sogar zugetraut, in einigen Regionen als stärkste Partei hervorzugehen. Mittels der Kampagne „Hope not hate" gelang es AntifaschistInnen, die BNP zu stoppen. Bei der Wahl erreichte sie nur noch 2 Prozent der Stimmen. Die „Hope not hate"-Kampagne hatte einen in der antifaschistischen Bewegung bisher noch nicht erreichten Erfolg, auch im internationalen Vergleich und was die Beteiligung der Bevölkerung anbetrifft. Der in Berlin lebende Europa-Redakteur der britischen antifaschistischen Zeitschrift „Searchlight", Graeme Atkinson, hat sich in diesem Zeitraum in England aufgehalten. Er wird in seinem Vortrag über die Situation in Großbritannien vor den Wahlen berichten, insbesondere aber darüber, wie es der Kampagne gelang, den drohenden Wahlsieg der BNP zu verhindern und gleichzeitig mit Hilfe der Gewerkschaften eine Grassroots-Organisation aufzubauen, die sich der Rechtsentwicklung entgegenstellte.

29.9., 19.30 Uhr, Düsseldorf, Zentrum Hinterhof, Corneliusstr. 108
30.9., Bielefeld (Zeit und Ort werden noch bekannt gegeben).

Antirassistisches Bildungsforum Rheinland, bildungsforum@gmx.de ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

CDU zu links?

Junge Freiheit Nr. 35/10 vom 27. August 2010

Das Blatt sucht erneut nach einer Gelegenheit, rechts von CDU und CSU eine nationalkonservative Partei zu etablieren, die Aussicht auf Erfolg hat und der nicht der Nazi-Geruch der NPD anhaftet. Deshalb ist in dieser Ausgabe die CDU dran: „In Vor-Merkel-Zeiten hielt die Union sich noch Alibi-Rechte, die dafür zuständig waren, die Stammklientel mit konservativ-rechten Alibisprüchen zu pflegen. Die hatten zwar auch nichts zu sagen, durften aber zumindest ungestört ihr Feld beackern und hatten dadurch einen Anschein von Authentizität. In der neuen Union gibt es allenfalls abschnittsweise Konservativen-Darsteller, die die Rolle nur so lange spielen, wie das der Karriere förderlich erscheint. Auch Roland Koch war so ein taktischer Teilzeit-Konservativer … Seit der innerparteilichen Hinrichtung Martin Hohmanns dürften echte konservative Überzeugungen in der CDU als suizidverdächtig gelten … Wenn CDU und CSU sich nur als gemäßigter Flügel eines linken Parteienkartells verstehen, ist das Dogma, rechts von ihr dürfe es keine demokratisch legitimierte Kraft geben, endgültig sinnlos.“ Das Problem des Blattes ist: Eine solche Kraft ist nicht in Sicht.

Sarrazin im Zentrum der Berichterstattung

Junge Freiheit Nr. 35/10 vom 27.8 2010

Chefredakteur Dieter Stein bezeichnet das Buch als „eine Bombe“ – und versteht dies als Lob: „Es bleibt nicht bei der Analyse. Sarrazin formuliert aufgrund seiner jahrelangen Praxiserfahrung als Berliner Finanzsenator, die ihn in der verschuldeten Hauptstadt die deutsche Misere wie in einem Brennglas wahrnehmen ließ, nüchtern und realitätsnah drakonische Maßnahmen, um das Problem arbeitsunwilliger und -unfähiger Einwanderer einzuschränken. Er fordert die rigorose Kürzung von Sozialbeiträgen für Integrationsunwillige, die scharfe Begrenzung des Familiennachzugs und das weitgehende Stoppen der Heiratsmigration. Man darf gespannt sein, wer im politischen Betrieb Berlins den Mut hat, sich Sarrazins vernünftige und plausible Vorschläge zu eigen zu machen. Zweifel sind angebracht. In Deutschland ist es üblich, jeden Versuch, das ‚Ausländerproblem‘ zu politisieren, mit den Waffen der ‚Vergangenheitsbewältigung‘ niederzuschlagen.“ Das schrieb ahnungsvoll der konservative Soziologe Robert Hepp in seinem Buch ‚Die Endlösung der deutschen Frage‘, das er schon vor 22 Jahren vorlegte und in dem er zu denselben Ergebnissen kam wie der Sozialdemokrat Sarrazin.“

Werbung für Sarrazin-Buch

Junge Freiheit Nr. 36/10 vom 3. September 2010

Dieser Ausgabe liegt ein Werbeflyer für das Sarrazin-Buch bei, der JF-Buchdienst hat es in sein Programm aufgenommen. Dieter Stein berichtet: „Noch nie hat ein Buch in derart kurzer Zeit unter den Lesern unserer Zeitung ein solches Interesse geweckt wie jenes in dieser Woche erschienene von Thilo Sarrazin. ‚Deutschland schafft sich ab‘ übertrifft die Reaktionen, die zuletzt vor zwölf Jahren die deutsche Übersetzung des ‚Schwarzbuchs des Kommunismus‘ von Stéphane Courtois bei JF-Lesern auslöste. Der Grund? Sarrazin formuliert über weite Strecken eine konservative Agenda, mit seinem Plädoyer für die Bewahrung nationaler Identität und eine aktive deutsche Bevölkerungspolitik spricht er Nationalkonservativen aus dem Herzen. Er hat mit seiner Analyse offensichtlich ins Schwarze getroffen und artikuliert, was viele Bürger denken. Der unglaubliche Absatz des Buches ist wie ein stummes Plebiszit der Käufer für eine andere Politik: Der Verlag druckt nach eigenen Angaben bereits die vierte Auflage, insgesamt sind damit schon 150.000 Exemplare erreicht.“

Das Blatt hegt die Hoffnung, dass sich Sarrazins ausländerfeindliche und nationalistische Offenbarungen nutzen lassen: „In jedem Fall steigt der Druck im Kessel. Sarrazin hat jetzt ein Ventil geöffnet. Es wird sich zeigen, wie sich dieser Druck politisch in Bahnen lenken lässt.“ Sarrazin als neuer Parteigründer? Das ist nicht, was das Blatt möchte. In einem anderen Aufsatz schreibt Thorsten Hinz: „Die Flammenzeichen stehen seit Jahrzehnten an der Wand. Sarrazins Buch ist ein Signal, dass die Funktionseliten über das weitere Vorgehen uneins sind. In Krisenzeiten geschieht es häufig, dass ein Funktionär mit kritischen Botschaften aus den Kulissen tritt.“

In dieser Ausgabe interviewt das Blatt den rechten Professor Robert Hepp, dessen 16 Jahre altes Buch bereits in der letzten Ausgabe gelobt wurde. Hepp findet, dass Sarrazin eher untertreibt: „Was er über die Ausnutzung unseres Sozialsystems durch die Immigranten schreibt, ist für die Leser der Jungen Freiheit nicht neu. Ich habe schon 1994 … in Ihrer Zeitung eine traurige Bilanz der ‚Ballastkosten der Einwanderer‘ aufgemacht … Ich finde, das Sarrazin eher noch unter- als übertreibt. Da er sich auf die Muslime konzentriert, über die es ja keine speziellen Daten gibt, gerät die Gesamtbelastung durch die Immigranten nicht recht in den Blick.“ *uld* ■

NPD wirbt um Sarrazin

„Endlich wagt es ein Systempolitiker, das „heiße Eisen“ Überfremdung anzupacken. Sarrazin vertritt damit Standpunkte, die im Volk absolut mehrheitsfähig sind. Parteipolitisch ist die NPD die einzige ernstzunehmende Kraft, die Sarrazins Positionen vertritt.“ So begrüßt die NPD auf ihrer Webseite das Sarrazin-Machwerk und hat auch gleich dazu ein Flugblatt und einen Aufkleber produziert („Sarrazin hat Recht“). Parteichef Voigt kommentiert: „Gefährlich würde Sarrazin auch nicht wirklich, wenn er eine neue Partei gründen würde, denn diese wäre eine kurzfristig angelegte reine Protestpartei, die enden würde wie die „Schill-Partei“ vor einigen Jahren. Gefährlich würde Sarrazin nur dann, wenn er selber handeln und zur Wahl der NPD aufrufen würde, die inhaltlich und weltanschaulich seit Jahrzehnten politisch Abhilfe schaffen will und wie er klar ausspricht, daß uns Millionen Fremde Milliarden kosten…. Über kurz oder lang werden Millionen Deutsche aufwachen und handeln – Herr Sarrazin hätte es jetzt in der Hand, die Weckzeit vorzustellen. … Herr Sarrazin, helfen Sie uns jetzt, die Etablierten das Fürchten zu lehren!“

Quelle: Webseite der NPD ■